Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Georg Fischer, alle 1020 Wien, Krummbaumgasse 1. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., 1040 Wien, Rienößlgasse 12. Verlagspostamt 1040 Wien. Inland: Jahresabonnement S 150,-; Halbjahresabonnement S 75,-. Ausland: Jahresabonnement S 224,-, Halbjahresabonnement S 112,-. Zu beziehen über: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H./Vertrieb. Postfach 13, 1042 Wien. Tel.: 0222/57-37-23, Redaktion: Rienößlgasse 12, 1040 Wien, Telefon: 0222/57-37-23, Journaldienst: Mo-Fr. 18 – 19.30 Uhr.

P.b.b. Erscheint 14-tägig am Donnerstag **Preis 5,-**

Nr. 22/2. Jg (Zweite Ausgabe) **27. Oktober 1977**

26. Oktober:
Kreisky verkriecht sich vor 6.000 Atomkraftwerksgegnern



Zu zeigen wagte sich kein Regierungsmitglied vor den versammelten Demonstranten am Ballhausplatz. Nur wenigen Politikern ist es gelungen, durch die Hintertüre zu flüchten. Der Rest mußte sich sagen lassen: „Kreisky, hör gut zu! Das Volk entscheidet, und nicht du!"

Wenn die „Belagerung des Bundeskanzleramtes nicht aufgegeben wird", dann werde er „dem Spuk rasch ein Ende bereiten" – das hat der Bundeskanzler einer Delegation der Demonstration der Atomkraftwerksgegner am 26. Oktober mitgeteilt. Vor die Demonstranten hintreten, die er zwei Stunden später im Radio als Lausbuben bezeichnete, hat Kreisky sich nicht getraut. Er hat wohl gewußt, was ihn von den über 6.000 Demonstranten aus ganz Österreich, darunter ein durchwegs größerer Teil an Arbeitern und einfachen Werktätigen als noch am 12. Juni in Zwentendorf, erwartet, solange er das imperialistische Atomkraftwerksprogramm rechtfertigt und die Forderungen der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG) ablehnt.

Die Demonstranten haben sich nicht auf Verhandlungen von ein paar Delegierten mit dem Kanzler eingelassen. Worüber auch verhandeln? Die Forderungen der IÖAG stehen schon ein Jahr und länger. Diese Forderungen haben gerade am 26. Oktober ihre Richtigkeit und Tauglichkeit zur Mobilisierung der Massen bewiesen. Über sie gibt es nichts zu verhandeln, es gilt, sie durchzusetzen. Und auf diesem Weg hat auch die Demonstration vom 26. Oktober ein gutes Stück weitergebracht. Die aktiven Atomkraftwerksgegner sind seit der Zwentendorfer Demonstration nicht weniger geworden. Die Bewegung gegen Atomkraftwerke ist vielmehr stärker geworden, weil jeder, der am 26. Oktober auf dem Ballhausplatz stand, jetzt besser weiß, was er von der Regierung, von den „Volksvertretern", vom ganzen Betrug mit der Parlamentsentscheidung zu halten hat. Weil die Bewegung noch besser weiß, daß nur gestützt auf die eigenen Kräfte und durch den selbständigen Kampf der Massen Erfolge erreicht werden können.

Die Demonstration am 26. Oktober hat ihr Aktionsziel erreicht, sie war erfolgreich, denn der Kanzler war einerseits doch so unter Druck geraten, daß er nicht von vornherein ohne großen Gesichtsverlust die Flucht durch den Hinterausgang, so wie einige seiner Minister, ergriffen hat. Andererseits hat er zu den Forderungen der IÖAG insofern Stellung genommen, als er sich nicht dazu geäußert, und damit praktisch zum Ausdruck gebracht hat, daß er das imperialistische Energieprogramm fortsetzen wird.

Und wie versucht die Regierung aus ihrer schlechten Lage herauszukommen? Wir haben in der 1. Ausgabe des Zentralorgans „Klassenkampf" von Mittwoch früh geschrieben: „Durchschaut das Volk die parlamentarische Quatschbude immer mehr und macht es der Regierung und den Parteien streitig, gegen die Interessen des Volkes, aber im Namen des Volkes zu entscheiden und zu handeln, so ist das ein Alarmzeichen für die herrschende Klasse. Einen Ausweg wird sie in verschärfter Unterdrückung der Bewegung suchen." Die handfesten Drohungen Kreiskys, er werde dem Spuk mit seinen zahlreich vorhandenen Polizeigarden ein rasches Ende bereiten, gehen in diese Richtung. Am Nachmittag des 26. Oktober hat der Kanzler dann auch noch eine Einschränkung der Demonstrationsfreiheit in der Gegend des Bundeskanzleramtes angekündigt.

Die Bewegung einschüchtern, diffamieren, spalten, unterdrücken – das sind die Rezepte der Regierung, will sie ihr Atomkraftwerksprogramm planmäßig durchziehen, was sie eben nicht kann, solange ihr die breite und geschlossene Bewegung in Gestalt der IÖAG entgegentritt. Und so beschimpfte der Kanzler nicht nur die Demonstranten einerseits als Lausbuben, andererseits als „Terroristen", sondern behauptete nachher im Radio, daß der Kommunistische Bund die Demonstration umzufunktionieren versucht habe. Was für ein lächerlicher Versuch, die Bewegung zu spalten, und die Kriminalisierung eines Teils vorzubereiten. Bei der Schlußkundgebung vor dem Parlament hat der Bundeskanzler dann von einem Sprecher des Zentralkomitees des Kommunistischen Bundes Österreichs gleich die Antwort erhalten: „Der Kampf der Bewegung gegen Atomkraftwerke ist gerecht und notwendig und genießt unsere volle Unterstützung, und nicht erst seit heute, sondern seit Jahr und Tag, seit es den KB Österreichs gibt." Das Aktionsziel aller Demonstranten für den 26. Oktober lag mit Beschluß der Linzer Konferenz der IÖAG fest, da hat höchstens die Regierung die entschlossene Kampfaktion zu einer harmlosen Aussprache umfunktionieren wollen – sie ist damit kläglich gescheitert.

Vielleicht meint der Kanzler aber, daß der Kommunistische Bund Österreichs die Bewegung dadurch „umfunktioniert", indem er, aufbauend auf der Unterstützung der Hauptforderungen der IÖAG, auch weitergehende Forderungen und Losungen in die Demonstration getragen und auch dafür vielfache Unterstützung gewon-

Fortsetzung auf Seite 4

Aus dem Inhalt:

Budget 78 der SP-Regierung
In 5 Jahren Lohnsteuerauspressung verdreifacht

„Das Wachstum der Lohnsteuereinnahmen um 24,1 % dürfte vor allem die Auswirkungen der ungemilderten Progression in Zeiten hoher Inflationsraten widerspiegeln", kommentiert das Kapitalistenorgan „Presse" zynisch die verschärfte staatliche Plünderung, die nächstes Jahr auf die Lohnabhängigen zukommt.

50.872 Millionen Schilling sind laut Voranschlag die Staatseinnahmen aus der Lohnsteuer, die damit fast ⅔ aller direkten Steuern ausmachen wird. Diesen ungeheuren Abzügen vom Lohn der Arbeiter stehen nur geplante 23.600 Millionen S Abzüge von den Profiten der Kapitalisten durch Einkommens- und Körperschaftssteuer gegenüber.

1972 betrug die Lohnsteuer noch 14.558 Millionen, oder 30,8 % der direkten Steuern. 1976 hat sie sich bereits mehr als verdoppelt auf 32.349 Millionen oder 46,8 % aller direkten Steuern. Und für das Jahr 1978 wird sie sich jetzt mehr als verdreifachen. Die Körperschaftssteuer, die die Kapitalgesellschaften zahlen, betrug 1972 3.851 Millionen. Für 1978 sind 7.100 Millionen vorgesehen, was gerade eine Verdoppelung bedeutet. Die Einkommenssteuer, die persönliche Steuer der Kapitalisten, die sie aus den von der Mehrarbeit der Arbeiterklasse eingestreiften Profiten zahlen, betrug 1972 knapp 10.000 Millionen und soll 1978 17.000 Millionen Schilling ausmachen, was gerade 70 % Steigerung bedeutet.

Über die Umsatz- oder Mehrwertsteuer werden die Lohnabhängigen dann noch ein weiteres Mal zur Zahlung gezwungen. 1972 betrug diese indirekte Steuer noch 30.000 Millionen und 1978 rechnet Androsch mit 77.000 Millionen, wobei er die 30 % Mehrwertsteuer schon einkalkuliert hat.

Bei den gewinnabhängigen Steuern für die Kapitalisten „erwartet" sich Androsch keine Einnahmesteigerungen für 1978, angeblich wegen der „mäßigen Gewinne

Fortsetzung auf Seite 3

Kommunistischer Bund Österreichs Zentralkomitee
1042 Wien, Postfach 48

Redaktion des Klassenkampf
1042 Wien, Postfach 52

„Terrorbekämpfung": Den Imperialistenstaaten geht es um das Recht auf Ausbeutung der Arbeiterklasse und auf Unterdrückung der Völker

Im Zuge der Vorbereitung und Durchführung der Geiselbefreiung in Mogadischu hat sich der BRD-Imperialismus imperialistische Einmischungsversuche und Aggressionen gegen eine Reihe von schwächeren Ländern und vor allem Länder der 3. Welt zuschulden kommen lassen. Er hat das gegenüber den betroffenen Ländern auf Grund der Unterstützung aller imperialistischen Mächte der Welt können, er hat das auf Grund der großen Empörung über die Entführer, die ein Flugzeug mit über 80 Menschen an Bord zu zerstören angedroht hatten.

Den ersten Akt imperialistischer Einschüchterung und Einmischung setzte die BRD-Regierung gegen die zypriotische Regierung. Im Auftrag des BRD-Innenministers ordnete dort der geschäftsführende BRD-Botschafter frech und selbstherrlich den zypriotischen Behörden an, sie hätten beim Auftanken der Maschine die Reifen zu durchschießen oder aber zumindest das Auftanken so lange zu verzögern, bis die westdeutsche GSG-9 Einheit eingetroffen sei.

Die zypriotischen Behörden haben sich den anmaßenden Befehlen des Vertreters des BRD-Imperialismus nicht gebeugt, und während er unverrichteter Dinge wieder abziehen mußte, flog die Maschine nach Dubai weiter. Dorthin hatte die Bonner Regierung inzwischen ihren Staatssekretär Wischnewski entsandt, dem seine imperialistischen Freunde um seiner Verdienste bei der Erpressung und Einschüchterung arabischer Länder willen bereits den Titel „Ben Wisch" verliehen haben. Dieser Wischnewski versuchte in Dubai alles Erdenkliche, um die dortige Regierung gefügig zu machen und für die GSG-9-Legionäre eine Einsatzmöglichkeit zu bekommen. Er stieß jedoch trotz Unterstützung seiner Kollegen vom britischen Secret Service auf taube Ohren. Als das gekaperte Flugzeug nach Aden weiterflog, hängte sich Wischnewski gleich mit seiner eigenen Maschine hintendran, erfuhr jedoch in der Luft, daß ihm die Regierung der Demokratischen Volksrepublik Jemen keine Lande- und Einreiseerlaubnis zu erteilen bereit war. Nach einer ungewollten Zwischenlandung in Saudiarabien holte Wischnewski die Boeing 737 in Mogadischu wieder ein.

Der Plan, die Maschine nach Somalia zu dirigieren, wurde bereits gefaßt, als sie noch auf dem Flugplatz in Aden stand.

Auf die somalische Regierung, die dem entführten Flugzeug erst gar keine Landeerlaubnis erteilen wollte, wurde von verschiedenen imperialistischen Staaten Druck ausgeübt. Auf Grund der nach der Stürmung der Maschine ausgetauschten Danksagungen und Glückwunscherklärungen weiß man heute, daß an der Erpressung der somalischen Regierung neben der BRD-Regierung zumindest die sowjetischen Sozialimperialisten und ihre Statthalter in Ost-Berlin sowie der US-Imperialismus und sein Repräsentant Carter beteiligt waren.

Kaum war die Maschine aber in Mogadischu gelandet, begann die imperialistische Erpressermaschinerie erst auf Hochtouren zu laufen.

Somalia ist ein armes Land, ein Entwicklungsland, ein Land der Dritten Welt. Es ist von den Imperialisten, insbesondere von den sowjetischen Sozialimperialisten, abhängig.

Auch jetzt, als es galt, die somalische Regierung zu zwingen, einer westdeutschen Armee-Einheit die Einreise nach Somalia und ihren militärischen Einsatz auf somalischem Staatsgebiet zu erlauben, ließen die Imperialisten keine Möglichkeit aus.

Nach stundenlangen Telefongesprächen mit BRD-Kanzler Schmidt und US-Präsident Carter, deren Inhalt man sich vorstellen kann, gab schließlich der somalische Präsident nach.

Die Erstürmung des Flugzeuges durch westdeutsche Truppen auf somalischem Boden hat nicht nur dem BRD- sondern dem ganzen Weltimperialismus gedient. So wie beim bewaffneten Überfall auf Uganda im Sommer 1976 die israelischen Imperialisten, so haben diesmal die BRD-Imperialisten einen brutalen Akt gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen der Länder der Dritten Welt und die Souveränität eines fremden Landes gesetzt.

Die BRD-Aktion hat nicht nur gezeigt, daß die Imperialisten gewillt sind, solche überfallsartige Aktionen zu starten, sondern sie hat auch gezeigt, daß sie sich längst die militärischen Mittel dazu verschafft haben. Das ist der Grund, warum alle imperialistischen Regierungsoberhäupter von Carter, Callaghan, Giscard bis zu Kreisky der BRD-Regierung in Glückwunschtelegrammen Beifall gezollt haben, wenn der Beifall auch sicher nicht ganz frei von Schaudern über das Vorpreschen ihres imperialistischen Konkurrenten war.

Gleichzeitig ist der BRD-Regierung mit ihrer Befreiung der Geiseln ein gewisser ideologischer Einbruch in das Denken der Volksmassen gelungen, der sich auch hier in Österreich bemerkbar gemacht hat.

Die Menschen, die sich von anderen Aktivitäten der Terroristen, wie etwa der Tötung des Richters Drenckmann, des Generalbundesanwaltes Buback, des Finanzkapitalisten Ponto oder der Entführung des Kapitalistenbosses und Altnazis Schleyers kaum bedroht fühlten, verurteilten einmütig die Gefangennahme der Urlauber. Während die Empörung über die Flugzeugentführung groß war, rechnete die BRD-Regierung mit Unterstützung im Volk sowohl bei ihren „Anti-Terrormaßnahmen", die sich in Wahrheit gegen die revolutionäre westdeutsche Arbeiterbewegung richten, als auch für ihren „friedlichen" Überfall auf Somalia.

Diese Atmosphäre der Verurteilung der Terroristen durch die Bevölkerung ist der westdeutschen Bourgeoisie in den Kopf gestiegen und sie hat sie genutzt, um drei Stammheimer politische Gefangene, Baader, Ensslin und Raspe in den Tod zu treiben und so gegen die Terroristen einen Schlag zu führen, von dem sie sich nicht mehr erholen sollen.

Auf der ganzen Welt haben sich Menschen mit Abscheu von den Praktiken der westdeutschen Bourgeoisie abgewandt und in vielen europäischen Ländern ist es zu Protestaktionen, die sich gegen Einrichtungen des westdeutschen Staates oder der westdeutschen Kapitalisten richteten, gekommen.

Durch die Fahndungsaktionen nach der schließlich doch erfolgten Tötung des Kapitalistenbosses Schleyer, bei denen Millionen Westdeutsche überprüft und bespitzelt worden sind, und bei denen laut Berichten der bürgerlichen Presse hunderte Verhaftungen erfolgten, hat es sich deutlicher denn je gezeigt, daß die Polizeiaktionen der BRD-Regierung nicht gegen eine Handvoll Terroristen, sondern gegen das gesamte Volk und in erster Linie gegen alle revolutionären Bewegungen gerichtet sind. So ist bereits von einem neuen Republikschutzgesetz die Rede, demnach das Verteilen gewisser Flugblätter monate- bis jahrelange Haft nach sich ziehen kann. Die offenen Verbotsdrohungen gegen kommunistische Organisationen in der BRD sind bekannt.

Die Ereignisse rund um Mogadischu und Stammheim haben auch auf Österreich ihre Auswirkungen gehabt.

Die bürgerliche Presse hat sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, auf das österreichische Volk ein Trommelfeuer an imperialistischer Hetze niedergehen zu lassen. Während am Samstag vor dem Sturm auf die Lufthansa-Boeing Zeitungen wie der 'Kurier' noch schrieben: „Gottseidank, konnte die Zerschießung der Flugzeugreifen in Zypern noch verhindert werden" und insgesamt eine friedliche und nachgiebige Haltung propagierten, waren sie spätestens einen Tag nach der westdeutschen Kommandoaktion gleichgeschaltet im wahrsten Sinne des Wortes. Die militärische Aktion der BRD in Somalia wurde breit propagiert, der Tod der politischen Häftlinge in Stammheim wurde im Sinne von „das wäre schon viel früher nötig gewesen", kommentiert und die Gelegenheit, auf Grund der Tatsache, daß die Terroristen subjektiv Gegner des kapitalistischen Systems sind, wüst auf die Revolution und auf alle revolutionären Bewegungen zu hetzen, wurde nicht ausgelassen.

Auch die österreichische Regierung hat einige Schritte gesetzt. Abgesehen von Kreiskys Telegramm an Schmidt, flog der österreichische Gerichtsmedizinzer Holczabeck nach Stammheim, um in einer Untersuchungskommission die Weste der westdeutschen Behörden reinzuwaschen. Eine in Wien angemeldete Demonstration gegen die Stammheimer Morde wurde sofort verboten, an Ort und Stelle wurden Transparente und Flugblätter beschlagnahmt und drei Demonstranten verhaftet, die Demonstration polizeilich aufgelöst.

Unter dem internationalen Druck, den das Vorpreschen der BRD-Imperialisten auslöste, hat Bundeskanzler Kreisky, der stets erklärt hat, er lasse sich von niemandem etwas dreinreden (Marchegg, OPEC) in einer Pressekonferenz erklärt, nun brauchten die Terroristen auch in Österreich nicht mehr glauben, daß sie ungeschoren davonkämen.

Kurz danach tauchten in allen österreichischen bürgerlichen Medien Berichte über die österreichische Anti-Terror-Truppe, die Gendarmerieeinheit „Skorpion" auf. Es wurde gemeldet, daß die Sondereinheit sich erst in ihrer Entwicklung befände, daß sie natürlich noch nicht mit der „glorreichen" GSG-9 zu vergleichen sei, daß sie aber immerhin schon an Ort und Stelle bei den israelischen und westdeutschen Vorbildern ausgebildet worden sei und schon einige Einsätze hinter sich habe. Besonders hervorgehoben wurden die Einsätze beim Wien-Besuch Mondales und Vorsters, wo die scharf bewaffneten Gendarmen, verborgen in der Hofburg, weniger als hundert Meter von einer antiimperialistischen Demonstration entfernt, auf ihren Einsatz gewartet hatten sowie die massive Besetzung mit „Skorpion"-Gendarmen des AKW Zwentendorf am 12. Juni, als 6.000 AKW-Demonstranten zum AKW-Gebäude zogen.

Diese Truppe soll jetzt auf Grund der Erfahrungen der BRD auf 500 Mann aufgestockt werden. Auch die österreichische Regierung nützt also die Terror-Vorfälle, um ihren Gewaltapparat gegen das Volk aufzurüsten. Es wird ihr nichts nützen!

Sofortige Aufhebung der Ausweisungsverfügung gegen Christiane Schneider!

Die westdeutsche Staatsbürgerin Christiane Schneider wurde am 27. 9. von der Fremdenpolizei verhaftet. Danach wurde sie sechs Tage lang festgehalten, ohne ihr Gelegenheit zu geben, sich mit ihren Angehörigen, Freunden oder einem Anwalt in Verbindung zu setzen. Ihrem bevollmächtigten Vertreter wird die Akteneinsicht verweigert. Christiane Schneider ist der österreichischen Polizei offensichtlich als fortschrittlicher Mensch, als Gegnerin von Imperialismus und Reaktion, bekannt.

Sie hatte die Absicht, hier in Österreich zu bleiben und am Aufbau einer Nachrichtenagentur mitzuwirken.

Der bürgerliche Staat verfügt mit der Fremdengesetzgebung über rechtlich nahzu unbegrenzte Möglichkeiten der Willkür und Gewalt gegenüber mißliebigen Ausländern. Die letzten Jahre haben wiederholt gezeigt, daß der Staatsapparat bereit ist, selbst diese Bestimmungen noch weit zu überschreiten, um sich in Österreich arbeitender oder studierender Ausländer zu entledigen, wenn sie energisch gegen Kapitalismus und Imperialismus auftreten.

Man erinnere sich der Ausweisung zweier iranischer Werktätiger im Jahr 1974, nach dem sie sich an einer Demonstration gegen den zweiten Aufenthalt von Nixon in Salzburg beteiligt hatten.

Wurde nicht am 11. 5. 77 der türkische Arbeiter Isa Kavun verhaftet und ebenfalls in Schubhaft gesetzt? In der Begründung für die Abschiebung hieß es damals: „..., daß sich der Genannte im Bundesgebiet politisch betätigt und dadurch die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährdet."

Ähnlich erging es einem antiimperialistischen afghanischen Studenten im Sommer 76 in Salzburg.

Die Verhaftung, die sechstägige Abschließung und die Abschiebung von Christiane Schneider stellen eine neue, die vorher genannten an Kaltblütigkeit und Unverschämtheit noch übertreffende Provokation des bürgerlichen Staates gegenüber der demokratischen Bewegung in Österreich dar.

Aber ebenso wie die Reaktion bei der Abschiebung der beiden iranischen Antiimperialisten, beim afghanischen Freiheitskämpfer und beim revolutionären, türkischen Arbeiter mit ihren reaktionären Plänen nicht durchgekommen ist, so darf ihr das auch nicht bei Christiane Schneider gelingen.

Zwar konnte auch damals die Abschiebung der beiden Iraner als Nacht- und Nebelaktion glücken, aber die Aktionen der fortschrittlichen Jugend und der Protest der demokratischen Öffentlichkeit erzwangen ihre Wiedereinreise.

So muß es auch im Fall Christiane Schneider kommen. Sie beabsichtigt nach wie vor, ihre hier begonnene Arbeit fortzusetzen, und deshalb weiter in Österreich zu leben. Niemand, außer dem kleinen Häuflein Ausbeuter und Unterdrücker, die die herrschende Klasse und die Spitzen ihres Staatsapparates bilden, hat ein Interesse daran, daß sie hier nicht weiterlebt und arbeitet.

Die demokratische Bewegung in Österreich, alle revolutionären und fortschrittlichen Menschen müssen sich dafür einsetzen, daß die widerrechtliche Ausweisungsverfügung aufgehoben und ihr eine normale Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung ausgestellt wird.

Erklärung zur Kandidatur des KB Österreichs zu den Grazer Gemeinderatswahlen (AUSZÜGE)

Am 29. 1. 1978 finden in Graz die Wahlen zum Gemeinderat statt. Der Kommunistische Bund Österreichs wird sich an diesen Wahlen mit einer selbständigen Kandidatur beteiligen und ruft alle Grazer Arbeiter, Angestellten, Pensionisten, Hausfrauen, Studenten und Schüler dazu auf, diese Kandidatur mit ihrer Unterschrift und materiell zu unterstützen und am Wahltag dem KB Österreichs und seiner Politik ihre Stimme zu geben.

Unsere Ziele sind im Programm des KB Österreichs festgelegt und jeder unserer praktischen Schritte geht davon aus: Wir kämpfen für den Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung und für die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Dies ist die Voraussetzung für die Abschaffung der Klassen und für die klassenlose Gesellschaft.

Von diesen Zielen lassen wir uns auch im Wahlkampf leiten: Die bürgerlichen Parteien und ihre Vertreter sollen nicht weiter ungestört ihre schmutzigen Geschäfte im Interesse der Geldsäcke betreiben können. Die elende soziale Lage der Massen im Kapitalismus werden wir ihnen vorhalten, wenn sie die brennenden Fragen der Massen mit ihren Lösungsvorschlägen im Interesse des Kapitals beantworten wollen. Und es soll ihnen nicht weiterhin gelingen, die Werktätigen in die Illusion einzuwikkeln, daß im Parlament oder im Gemeinderat zum Wohle des Volkes beschlossen würde. Bei diesen Geschäften müssen die Arbeiterklasse und das Volk sie stören, sie mit der Wahrheit konfrontieren und sie überführen: „Ihr dient den Geldsäcken, den Bankiers, den Privatbesitzern an Fabriken und an Grund und Boden. Als Teil des kapitalistischen Staatsapparates verteidigt und verschärft ihr die Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben und Büros und wollt, wenn es notwendig ist, diese Ausbeuterordnung auch mit bewaffneter Gewalt erhalten. Wie lächerlich, wenn uns nun die SPÖ in ihrer Rolle als „Opposition im Gemeinderat" glauben machen will, sie wolle den Bürgermeistersessel nur zur Verteidigung der Grünanlagen und Stadtparkbäume und habe sonst nichts vor. Wem dient denn die Politik des Lohnraubs und der immer schärferen Steuerauspressung, die die SPÖ als Regierungspartei im ganzen Land betreibt, wenn nicht den Kapitalisten? Die Kapitalisten haben heute keine bessere Regierungspartei als die Sozialdemokratie. (...)

Und hat nicht die Politik der Rathauskoalition zwischen ÖVP und FPÖ schon in den vergangenen Tagen deutlich unter Beweis gestellt, daß sie sich genauso wie die SPÖ in ihrer Politik an den Profitinteressen orientiert und nur die SPÖ zu überbieten suchte: Und haben sie nicht alle gemeinsam die Erhöhung der Straßenbahntarife beschlossen? Haben sie nicht gemeinsam den Protest der Grazer über den Dreck, den der Kapitalist Großschädl täglich über Graz niedergehen läßt, mit Hinhalten und Vertröstungen zu dämpfen versucht? Oder haben sie nicht gemeinsam die Bewegungen der Volksmassen, aus Graz den Schwer- und Durchzugsverkehr zu verbannen, mit Lügen und Betrügereien („Nachtfahrverbot sei nicht möglich") hintertrieben?

Und die KPÖ, die auch mit einem Sessel im Gemeinderat zu finden ist, hat sich ebenso nach Kräften an dieser Politik beteiligt. Sie hat sich ebenso redlich bemüht, der Bourgeoisie Reformvorschläge zu unterbreiten, um mit den Widersprüchen dieses verfaulenden Systems fertigzuwerden. Wo die Volksmassen wirklich in Bewegung gekommen sind und für ihre Interessen kämpften, hat sie abgewiegelt. Auch in Graz hat sie vorgegeben, daß mit einigen kleinen Änderungen, vor allem aber mit einer stärkeren Beteiligung der KPÖ an den Regierungsgeschäften das gegenwärtige System lebenswert wäre. Ebenso hat sie die kapitalistische Ausbeutung im Ostblock, die darauf beruhende faschistische Unterdrükkung und das Weltherrschaftsstreben der Sowjetunion als Sozialismus auszugeben versucht. Bei Abstimmungen hat sie sich einmal der ÖVP/FPÖ-Koalition, dann wieder der SPÖ angeschlossen. Das hat einmal mehr gezeigt, daß sie nichts anderes als diese vorhat.

Für alle bürgerlichen Parteien, deren erklärtes Ziel es ist, die Herrschaft des Kapitals verteidigen und verewigen zu wollen, ist eine solche Politik nicht weiter verwunderlich. Ist man für den Privatbesitz an den Produktionsmitteln, dann muß man für die Ausbeutung der Arbeiterklasse sein. „Die Ausbeutung der Proletarier durch die Kapitalisten ist die Grundlage der Knechtschaft in all ihren Formen – des gesellschaftlichen Elends, der geistigen Verkümmerung, der politischen Abhängigkeit." (Programm des KB Österreichs). (...)

Deshalb müssen die Arbeiter und Werktätigen dieses System und dessen Vertreter bekämpfen. Wo immer diese Herrschaften auftauchen, muß ihren finsteren Plänen entgegengetreten und ihnen eine Abfuhr erteilt werden.(...)

Die Arbeiterklasse und das Volk muß die Pläne der Kapitalistenklasse und des Staates täglich und an jedem Platz durchkreuzen. Besonders gilt dies zu Wahlzeiten, wo die bürgerlichen Parteien noch vielen Menschen einreden, daß mit dem Wahlzettel die Verhältnisse zu ändern wären.

Deshalb beteiligt sich auch der Kommunistische Bund Österreichs an den Wahlen. Es wird uns wohl nicht gelingen, ein Mandat im Gemeinderat zu bekommen. Wenn uns das gelingt (und es wird uns in Zukunft gelingen), werden wir auch das für den Klassenkampf nutzen, zur Entlarvung dieser parlamentarischen Schmierenkomödie von innen heraus.

Wir wollen die Kräfte für den Klassenkampf und die Revolution, gegen Ausbeutung und Unterdrückung sammeln.(...)

Unterstützt die Kandidatur des Kommunistischen Bundes Österreichs zu den Grazer Gemeinderatswahlen mit Eurer Unterschrift und durch Spenden!

Ortsleitung Graz
Kommunistischer Bund Österreichs

Filip Warasch freigesprochen

Filip Warasch, Sekretär des Rates der Kärntner Slowenen wurde am 20. 10. vom Hauptanklagepunkt, Anstifter eines Bombenattentates zu sein, freigesprochen.

Zu Recht wiesen die slowenischen Organisationen von Anfang an darauf hin, daß das Verfahren gegen F. Warasch ein „politischer Prozeß" ist, über dessen Verlauf und Ausgang letztlich das Kräfteverhältnis zwischen den Kräften des gesellschaftlichen Fortschritts und der Demokratie und denen der Reaktion entscheiden wird.

Die heftigen Proteste der fortschrittlichen Bewegung unter den Kärntner Slowenen und vielen anderen Menschen in ganz Österreich haben den Blick der gesamten demokratischen Öffentlichkeit auf diesen Prozeß gerichtet. Rasch verbreitete sich die Wahrheit über den „Terroristen" Warasch:

Er hatte Alibis für beide vorgeblichen Übergabezeitpunkte (diese waren auch jedem Leser der slowenischen Zeitungen seit Monaten bekannt); Hauptzeuge Güttler, ein früherer Spitzel des Geheimdienstes der englischen Besatzungsmacht und „persönlicher Bekannter" des Kärntner Sicherheitsdirektors ist ein bekannter Querulant, der für ungerechtfertigte Beschuldigungen schon bekannt ist. Vom Klagenfurter Haupttransformator, dessen Sprengung Warasch angeordnet haben soll, wußte niemand, ob es ihn überhaupt gibt.

Leicht ist es ihnen nicht gefallen, Warasch freizusprechen. Die „Presse" bedauert, eine verpatzte Gelegenheit, die Terrorismushetze gegen die Slowenen loszulassen: „Nicht einmal die jetzige Terroratmosphäre konnte die Urteilsfindung beeinflußen."

Der Freispruch von Warasch ist Ausdruck der Schwäche der herrschenden Klasse, nicht aber ihrer Harmlosigkeit.

Die Salzburger staatliche Justiz hat vor vierzehn Tagen einen slowenischen Arbeiter zu 16.500,- S Geldstrafe verurteilt. Der Klagenfurter Staatsanwalt plant 24 weitere Verfahren. Innenminister Lanc hat anläßlich der Villacher SP-Klubklausur angekündigt, den Ausbau der Kärntner Polizeikräfte zu beschleunigen

Angesichts der Absurdität der Anklage hätte eine Verurteilung von Warasch für die demokratische Öffentlichkeit in Österreich, für viele klassenbewußte Arbeiter und für die gesamte Bewegung gegen die Unterdrückung der Minderheiten wie ein rotes Tuch gewirkt. Selbst eine weitere Verschleppung des Abschlusses des Prozesses hätte diesen offensichtlichen Makel für die bürgerliche Klassenjustiz bestehen lassen und einen weiteren wunden Punkt für die sozialdemokratische Minderheitenpolitik offengelassen.

Ob der Schlag, den dieser Freispruch für die Reaktion und gerade ihre Minderheitenpolitik darstellt, tatsächlich trifft, hängt davon ab, ob wir die Absichten, die Regierung und Staatsapparat mit diesem Prozeß verfolgt haben, offenlegen, und dies aufs engste mit dem Kampf gegen die weiteren Verfahren verbinden. Die Blöße, die sich die Regierung mit diesem Prozeß gegeben hat, muß ausgenutzt werden, um im Kampf für die Rechte der Minderheiten vorwärts zu kommen.



Am 17.10 fand in Salzburg eine kämpferische Demonstration mit 120 Teilnehmern gegen den Prozeß gegen Warasch statt. In Klagenfurt/Celovec demonstrierten im Mai fast 1.500 Menschen, die Schüler und Lehrer des slowenischen Gymnasiums führten gemeinsam einen eintägigen Schulstreik durch. In Wien, Linz, Salzburg und Graz fanden Protestkundgebungen statt.

Fortsetzung von Seite 1

Lohnsteuerauspressung verdreifacht ....

der Jahre 1976 und 1977" (Budgetrede). In Wirklichkeit sind die sinkenden Steuerleistungen der Bourgeoisie natürlich ohnehin ein Grundsatz des bürgerlichen Steuersystems.

Zum Zweck, die Raubzüge der Bourgeoisie in den Betrieben, auf den inländischen und ausländischen Märkten „zu verteidigen und zu sichern", will die SP-Regierung auch unbedingt das bereits „Erreichte" bei der Steuerausplünderung der lohnabhängigen Massen nicht nur sichern, sondern noch ausbauen. Eine vorzeitige Steuersenkung im Lohnsteuerbereich hat Androsch als große Gefahr für die gesteckten Ziele bezeichnet. Nicht zu den kleinsten kosmetischen Korrekturen bei der Schröpfung der Massen ist die SP-Regierung bereit. Dabei verhält es sich so, daß eine schwache Milderung der Lohnsteuerprogression in den Bereichen der Masseneinkommen, selbst wenn sie sofort in Kraft träte, nach der letzten Reform 1974/75 nicht mehr als eine Verringerung der Geschwindigkeit des staatlichen Raubzuges darstellte, aber nichts an seiner Richtung, und nichts an seiner Wucht in Verbindung mit den anderen Plünderungsmaßnahmen.

Angesichts dessen hat die ÖGB-Steuerkommission gleich überhaupt jede Veränderung der Progression in den Rauchfang geschrieben, um dem Finanzminister taktisch einen Freifahrschein für zügellose und automatisch laufend steigende Lohnsteuerauspressung ausgestellt. Dem Vorschlag der ÖGB-Steuerkommission, die scheinbar mehr aus Finanzexperten als aus Arbeitern besteht, nach Erhöhung der Kinderabsetzbeträge hat Androsch damit gekontert, daß er die Kinderbeihilfe aus einem Steuerabsetzbetrag in eine Zahlung aus dem Familienlastenausgleichsfonds umwandeln will. Manipulationen, um die Steuerlast zu „mildern", sollen die Arbeiter nur in das Dickicht des bürgerlichen Steuersystems verwirklichen und dort erzwingen.

Die grundlegende Voraussetzung für die Vorbereitung von Kämpfen gegen die wachsende Steuerausplünderung ist die ideologische Offensive gegen die Bourgeoisie und ihren Staat.

Als konkrete Orientierung des Kampfs propagieren wir eine radikale Reform des Systems der direkten Steuern: Die Progression soll überhaupt erst ab 12.000,- Monatseinkommen einsetzen, alle darunterliegenden werden nicht besteuert, alle darüberliegenden werden anfangs mäßig, aber dann je höher das Einkommen, desto stärker besteuert.

Die indirekten Steuern, die zu einer gewaltigen, verdeckten und besonders ungerechten Bereicherungsquelle des Staates geworden sind, gehören gänzlich abgeschafft. Die Staatsausgaben, soweit sie durch Steuern gedeckt werden, sollen nur durch progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft bestritten werden.

Kreisky verkriecht sich vor 6.000 Atomkraftwerksgegnern

Fortsetzung von Seite 1

nen hat. Diesen Vorwurf lassen wir gerne auf uns sitzen, er zeigt allein schon, daß die Bewegung sich Zug um Zug konsequenter gegen den bürgerlichen Staat stellt und revolutioniert. Dafür hat es viele ermutigende Anzeichen auf der Demonstration am 26. Oktober gegeben:

– Die Forderungen gegen die bevorstehende Strompreiserhöhung und für den Austritt Österreichs aus der Internationalen Energieagentur fanden Anklang und Unterstützung.

– Ein eigener Block von mehr als 10 Soldaten in Uniform dokumentierte, daß der Staat sich auch seiner Gewaltinstrumente, die er sich u.a. zum Einsatz gegen das aufstehende Volk geschaffen hat, nicht mehr sicher sein kann.

– Betriebsräte hielten Ansprachen und brachten zum Ausdruck, daß gegenüber den beiden Demonstrationen vom Juni Fortschritte gemacht wurden bei der Einbeziehung der Arbeiterklasse in diesem Kampf, auch wenn hier noch viel zu tun ist. Aber das gilt wohl für alle diese Punkte.

In dieser Richtung muß weitergearbeitet werden. Von höchster Bedeutung auch dafür ist natürlich, daß die aktiven Atomkraftwerksgegner in den nächsten anstehenden Kampfaufgaben vorangehen und damit weiterhin praktisch der Regierung einen Riegel bei der Durchsetzung des AKW-Programms vorschieben – so etwa gegen die Brennstäbelieferung nach Zwentendorf und gegen die geplanten neuen Probebohrungen im Waldviertel.

Grundlegend wichtig für eine erfolgreiche Verbreiterung der Front gegen die imperialistische Energiepolitik ist es nach wie vor, die ideologische und politische Absicherung des AKW-Baus durch die Sozialdemokratie zu durchbrechen.

Nicht die Atomenergie, sondern das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist die Wurzel des Übels

Die Regierung sagt, an den Atomkraftwerken führe kein Weg vorbei. Das ist den Kapitalisten aus dem Herzen gesprochen. Die regierende Sozialdemokratie will die Arbeiter geradewegs für dumm verkaufen. Eines ihrer Argumente, „Atomstrom schafft Arbeitsplätze", zieht aber schon einige Zeit nicht mehr so recht. Die alltägliche Erfahrung lehrt den Arbeiter, daß eine neue Maschine zwar angenommen 5 neue Arbeitsplätze schafft, aber gleichzeitig werden vielleicht 10 Arbeiter überflüssig.

Und wie steht es mit dem Fortschritt, den die Atomkraftwerke angeblich verheißen?

Die Entwicklung und Nutzbarmachung der Atomenergie ist ein gewaltiger Fortschritt und eröffnet der Menschheit große Möglichkeiten bei der weiteren Erschließung dieser neuen Energiequelle. Im Imperialismus aber, diesem höchsten und zugleich letzten Stadium des Kapitalismus, wird die Atomenergie einzig und allein zum Zwecke des Profitmachens benutzt. Dies hat das kapitalistische Privateigentum an Produktionsmitteln zur Voraussetzung. Die Folgen zeigen sich hundertfach:

Das AKW Zwentendorf wird kaum einen Steinwurf weit von der Millionenstadt Wien entfernt gebaut, noch dazu, wo es sich um eine relativ neue und keineswegs gründlich erforschte Technologie handelt; Bedenken gegen den Standort auf einer alten Erdbebenlinie wurden von den Planern vom Tisch gewischt; etwaige Widerstände in Gemeinden, Ämtern und Behörden werden durch große Versprechungen und mit Geldspritzen ausgeräumt; um die Frage der Atommüllagerung und die Kosten dafür sowie für die Sicherung des nach 10, 20 Jahren unbrauchbaren Reaktors haben sich die Erbauer und Aktionäre (das sind fast alle größeren österreichischen Elektrizitätsgesellschaften) jahrelang einen Dreck geschert und tritt ein weiteres Mal der Staat mit den vom Volk abgepreßten Steuern auf den Plan; die Arbeiter im Werk wurden vielfach zur Akkordarbeit gezwungen, um Lohnkosten zu sparen und schon bei der Errichtung des AKW gehörige Profite einzustreichen, völlig untergeordnet ist und keine Rolle spielt also in Wirklichkeit die Frage der Sicherheit beim Bau; die Untergrabung der Existenz- und Lebensbedingungen des werktätigen Volkes in unmittelbarer Umgebung des Atomkraftwerks und der Lagerstätten durch klimatische, biologische und andere Schäden wird den Menschen unverschämt als Segen Gottes eingeredet, und die breiteste Ablehnung der Projekte durch die angrenzende Bevölkerung kostet dem Kanzler nur ein müdes Lächeln; weltweit raufen sich die großen AKW-Baufirmen um das Geschäft und setzen – weil in den imperialistischen Staaten der Widerstand groß ist – vermehrt den Völkern der Dritten Welt Atomkraftwerke vor die Nase; die Atomenergie wird benutzt, um Profite einzustreichen, aber auch um dieses Geschäft zu sichern gegenüber anderen imperialistischen Konkurrenten – so werden heute von den Imperialisten und insbesondere von den beiden Supermächten atomgetriebene U-Boote und gewaltige Mengen von Atomwaffen produziert und gehortet, aber das alles andere als für den Fortschritt, nein keineswegs, sondern für den Krieg der Räuber um die Beute, für die massenhafte Vernichtung von Menschen und Produktionsmitteln zum Zwecke der Sicherung und Erweiterung des jeweiligen Macht- und Einflußbereiches.

Sind das nicht Beispiele genug um zu zeigen, daß mit dem Fortschritt, den uns die herrschende Klasse mit der Atomenergie verheißt, nur der Fortschritt der Mächtigen bei der Vergrößerung ihrer Macht, nur der Fortschritt der Reichen bei der Vergrößerung ihres Reichtums gemeint ist.

Die Arbeiterklasse, auf deren Schultern die ganze Gesellschaft ruht, erkennt anhand dieser Tatsachen und Erfahrungen mehr und mehr, daß der einzige wirkliche Fortschritt, den es unter den bestehenden Verhältnissen gibt, in der Befreiung der Gesellschaft von allen Blutsaugern und Parasiten, in der Befreiung der gesellschaftlichen Produktivkräfte von den kapitalistischen Fesseln, in dem Sturz der Imperialisten und ihres Staates und der Machtergreifung durch die Arbeiterklasse besteht. Auf diesem Weg schart die Arbeiterklasse das ganze kämpfende Volk um sich und führt es in eine lichte Zukunft.

Die Bewegung gegen Atomkraftwerke ist nur einer, momentan aber der kräftigst entwickelte, von vielen revolutionären Wildbächen in Österreich, die zum breiten Strom des Kampfes der unterdrückten und ausgebeuteten Massen gegen Imperialismus und Reaktion zusammenfließen.

Vorwärts im Kampf gegen die imperialistische Energiepolitik!

Keine Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Zwentendorf!

Keine Atommüllagerung im Waldviertel!

Keine Erhöhung der Haushaltsstrompreise!

Sofortiger Austritt Österreichs aus der Internationalen Energieagentur!

Vorwärts im Kampf um die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes!

Vorwärts im Kampf für die sozialistische Revolution!

Aus dem politischen Programm der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU)

Das primäre politische Ziel unserer Revolution ist der Aufbau eines freien, demokratischen, unabhängigen und sozialistischen Zimbabwes und die Beseitigung der politischen Vorherrschaft der ausländischen Siedler in unserer Gesellschaft und ihrer imperialistischen und kapitalistischen Verbündeten. Das Ziel ist die nationale Unabhängigkeit. Das Volk von Zimbabwe hat eine lange Tradition der Selbstherrschaft und Unabhängigkeit, die bis ins mächtige und berühmte Königreich von Monomotapa, dem ersten großen Herrscher über die Shona-Völker im 16. und 17. Jahrhundert, zurückreichten. Jene Freiheit und Unabhängigkeit, die uns vom britischen Kolonialismus und Imperialismus vor etwa achtzig Jahren geraubt wurde, muß wiederhergestellt und eine neue Nation geschaffen werden. Jeder Bürger Zimbabwes soll das uneingeschränkte Wahlrecht besitzen. Dies gilt für die Wahl der Mitglieder der Nationalversammlung und aller anderen staatlichen Institutionen. Die gegenwärtige Nationalversammlung wird aufgelöst und all ihre diskriminierenden Gesetze werden für null und nichtig erklärt werden. Alle Bürger Zimbabwes sollen über die Partei am Zustandekommen von Entscheidungen und bei der Festlegung der Politik teilhaben und über Volksabstimmungen zu wichtigen politischen Fragen und über die wirkungsvolle Umsetzung der Macht des Volkes in allen staatlichen Institutionen beteiligt sein. Die Kontrolle der Staatsmacht – die Gesetzgebung, Verwaltung, Justiz, Armee und die Polizei – soll in den Händen aller Bürger von Zimbabwe liegen und von ihnen fortwährend und wirkungsvoll ausgeübt werden. Es genügt nicht, daß jeder Erwachsene alle fünf Jahre einen Kandidaten wählt, der ihm von Parteibossen vorgeschlagen wurde und den er vielleicht nie zu Gesicht bekommt. Man wird Schritte unternehmen müssen, um die Beteiligung des gesamten Volkes an seinen Regierungsgeschäften dauerhaft zu verwirklichen.

Alle Menschen, Männer und Frauen, sollen völlig gleichberechtigt sein. Menschen jeder Hautfarbe, Kultur und Herkunft, die sich mit einem sozialistischen Zimbabwe identifizieren, werden in breitem Umfang Gelegenheit erhalten, zur Entwicklung des Landes beizutragen und ihre eigenen menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen.

Umfangreiche demokratische Rechte – das Recht auf freie Meinungsäußerung, Presse-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, Freizügigkeit – die dem Volk von Zimbabwe von den Siedlern genommen wurden, werden wiederhergestellt und allen Bürgern eines freien, demokratischen, unabhängigen, sozialistischen Zimbabwes garantiert werden. Alle politischen Gefangenen werden bei der ersten möglichen Gelegenheit freigelassen und mit ihren Familien zusammengebracht. Die bestehenden Konzentrations- und Internierungslager werden geschlossen und die Gebäude zu Zentren der Erwachsenenbildung umgebaut.

Der Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft

Die Wirtschaft eines freien, demokratischen, unabhängigen und sozialistischen Zimbabwe wird so angelegt sein, daß sie die Grundbedürfnisse jedes Bauern und Arbeiters entsprechend seinem Anspruch auf ein glückliches Leben und auf die volle Entwicklung seiner Fähigkeiten befriedigt. In Zimbabwe finden sich reiche natürliche Vorräte, die für die Versorgung einer großen Bevölkerung und für die Befriedigung ihrer grundlegenden Bedürfnisse ausreichen. Alle Produktionsmittel und der ganze Verteilungsapparat werden in die Hände des gesamten Volkes von Zimbabwe gelegt. Das gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftssystem, das ein paar Siedler in Rhodesien und Kapitalisten in Südafrika, England und Amerika auf Kosten der arbeitenden Massen begünstigt, wird beseitigt werden.

Eine wahrhaft sozialistische, autarke Wirtschaftsform wird errichtet und nach marxistisch-leninistischen Prinzipien organisiert werden. Die ZANU ließ sich von diesen Prinzipien in ihrer Politik leiten und wandte sie auf die konkreten Bedingungen in Zimbabwe an, weil der große Beitrag der Arbeiter und Bauern zum Funktionieren der Produktionsmittel und des Verteilungsapparates nicht in Zweifel gezogen werden darf. Es gibt viele verschiedene Varianten des Sozialismus im heutigen Afrika, aber der Zielsetzung kommen diejenigen am nächsten, die sicherstellen, daß die Interessen der Arbeiter und Bauern im gesamten Wirtschaftssystem von Zimbabwe absoluten Vorrang haben. Es wird eine autarke Wirtschaft sein, und weder eine Verlängerung noch eine Enklave der britischen, der südafrikanischen oder der westlichen Wirtschaft. (....)

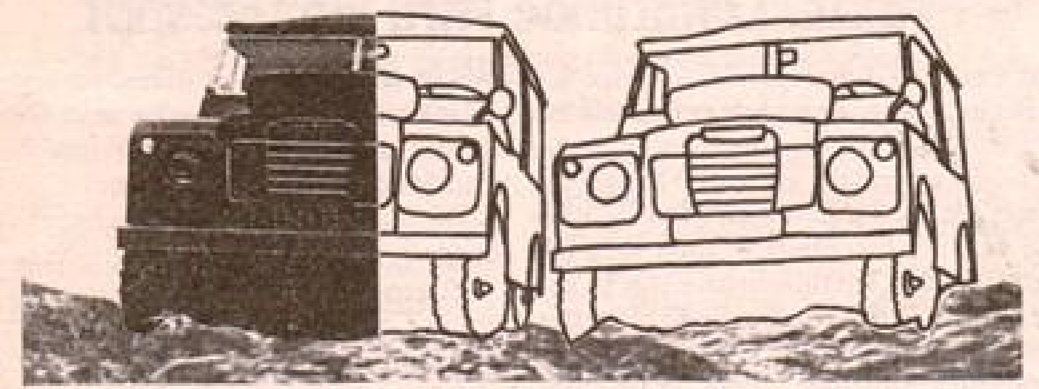
Ausbeutung und Klassenprivilegien werden unter freien Bürgern Zimbabwes nicht geduldet werden. Die Staatsmacht wird dazu benutzt werden, um die Wirtschaft zum Besten aller Bürger zu organisieren und um das Entstehen irgendeiner privilegierten Klasse zu verhindern. Das gegenwärtige System ist so angelegt, daß es große Keile zwischen die Elite und die Massen, zwischen einen Stamm und den anderen treibt, und daß es den sogenannten Mittelklassen-Afrikaner schafft. Ein wahrhaft sozialistisches Zimbabwe wird diese sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede aufheben und gleichzeitig besondere Maßnahmen ergreifen, um den sozialen und wirtschaftlichen Unterschied aufzuheben und gleichzeitig besondere Maßnahmen ergreifen, um das Entstehen neuer Klassen zu verhindern. Ein wichtiger Faktor bei der Bildung von Klassen ist das Eigentum. Es spielt eine große Rolle in der Politik und in den sozialen Wertvorstellungen kapitalistischer Gesellschaften. Im gegenwärtigen System Zimbabwes stellt das Eigentum und die Erhaltung von großen Werten eine wichtige politische, ökonomische und soziale Schranke zwischen den Siedlern und den einheimischen Afrikanern dar. In einem freien, sozialistischen, unabhängigen und demokratischen Zimbabwe wird das Eigentum als Wirtschafts- und Ausbeutungsfaktor beseitigt werden.

Die Teilnahme des Volkes in jeder Phase der Entwicklung der nationalen Wirtschaft wird umfassend und dauerhaft sein. Das Volk wird als Besitzer und Kontrolleur der Produktionsmittel und des Verteilungsapparates beteiligt sein, deren Eigentümer entweder der Staat oder Kooperativen sind. Zusätzlich hat es durch seine Kontrolle über die Regierung auch eine allgemeine Kontrolle über die Wirtschaft, was die Staatsbetriebe, die Kooperativen und sogar den privaten Sektor, solange er noch in wesentlichem Maße beibehalten wird, umfaßt.

In jedem Industrie-, Handels- oder Landwirtschaftsunternehmen werden Komitees aus Arbeitern und Betriebsleitung gebildet, um die Arbeiter an der Leitung des Unternehmens voll zu beteiligen und um sämtliche Tendenzen in Richtung auf entfremdete Arbeit zu unterbinden.

Beschlossen am 1. August 1972. Entnommen der Broschüre „Freiheit für Zimbabwe", Heidelberg 1974.

Stand der Spendensammlung am 24. 10.: 132.107 öS



Die Ortsgruppen, Ortsaufbaugruppen, Massenorganisationen und Sympathisantengruppen des KB haben bis jetzt gesammelt (am 24. 10. am Konto eingelangt):

Wien	62.634,93	Klagenfurt	7.054,40
Linz	10.690,25	Knittelfeld	1.059,20
Salzburg	6.570,22	Zentrale	22.058,39
Innsbruck	3.127,47		
Graz	18.912,60	Insgesamt	132.107,46

Die slowenischen Zentralorganisationen unterstützen den Befreiungskampf

„Am Montag, den 17. Oktober 1977 besuchte Chrispen Chitando, Vertreter der Patriotischen Front Zimbabwes im Zuge seines Besuches in Österreich auch den Sitz des Zentralverbandes Slowenischer Organisationen in Klagenfurt/Celovec.

Der Vertreter der Patriotischen Front hat sich in einem freundschaftlichen Gespräch mit der Lage und dem Kampf der slowenischen nationalen Minderheit in Kärnten vertraut gemacht und informierte die Vertreter der slowenischen Organisationen über die Situation und den Kampf des Volkes von Zimbabwe gegen Imperialismus, Kolonialismus und für die Befreiung der Heimat.

Beide Seiten drückten ihre Solidarität und gegenseitige Unterstützung im Kampf für ihre jeweiligen Ziele aus. Sie erklärten, daß sie durch den gerechten Kampf für ihre Rechte trotz der Verschiedenheiten in der konkreten Situation und in den konkreten Zielen freundschaftlich verbunden sind."

So lautet die gemeinsame Erklärung, die anläßlich des Besuches des Genossen Chitando mit dem Zentralverband Slowenischer Organisationen beschlossen wurde, und deren Wortlaut – bezogen auf die eigene Organisation – auch die Wochenzeitung des Rates der Kärntner Slowenen vom 20. Oktober veröffentlichte.

Der Besuch des Genossen Chitando bei beiden Organisationen verlief in sehr freundschaftlicher Atmosphäre und in internationalistischem Geiste.

„Slovenski vestnik" (Zeitung des Zentralverbandes Slowenischer Organisationen) schrieb schon vor dem Besuch des Vertreters der Patriotischen Front über die Lage und den Kampf des Volkes von Zimbabwe: *„Dieser gerechte Kampf stärkt gleichzeitig auch die Weltfront der unterdrückten Völker und der internationalen Arbeiterklasse gegen Imperialismus, Kolonialismus und die Bestrebungen der Großmächte zur Erringung der Oberherrschaft in der Welt."* Am 21. Oktober schrieb die Zeitung: *„Mit einer Grausamkeit und Brutalität, die ihresgleichen sucht, hat es* (das Smith-Regime, die Red.) *jede demokratische Regung unter der schwarzen Bevölkerung unterdrückt. Dabei konnte dieses Regime mit der Hilfe – sowohl finanzieller als auch militärischer – von seiten des Weltimperialismus rechnen. So blieb der schwarzen Bevölkerung nichts anderes übrig als der bewaffnete Widerstand. Zu diesem Zweck haben sich die fortgeschrittensten Organisationen von Zimbabwe, die ZANU und die ZAPU in der Patriotischen Front vereinigt, die heute von der gesamten schwarzen Bevölkerung unterstützt wird und auch als einzige Befreiungsorganisation in Zimbabwe anerkannt wird."* Auch Naš tednik (Zeitung des Rates der Kärntner Slowenen) schreibt: *„Die einheimische Bevölkerung wollte in der Vergangenheit Verhandlungen führen und hat zu diesem Zweck zahlreiche politische Organisationen gebildet, welche aber nur von kurzer Lebensdauer waren – die Behörden hatten sie oft schon gleich am Tag darauf verboten. Die Lösung sieht das Volk jetzt einzig im konsequenten bewaffneten Kampf."* Der Sekretär des Zentralverbandes, Dipl. Ing. Wieser, sagte: *„Besonders in der glorreichen Epoche des Volksbefreiungskampfes des Slowenischen Volkes folgte die slowenische „Befreiungsfront" (Osvobodilna fronta, OF) dem gleichen Weg des bewaffneten Widerstandes und der Volksrevolution, wie dies heute die Patriotische Front tut."* Naš tednik schrieb über die Ziele des Kampfes des Volkes von Zimbabwe: *„Wie wird es aussehen, wenn der Blutsauger vertrieben sein wird? Aufbau des demokratischen Sozialismus auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, erklärte der in Kärnten weilende Vertreter der Patriotischen Front."* Die Vertreter der slowenischen Organisationen erklärten, daß sie auch die Spendensammlung unterstützen wollen. (eigene Übersetzungen, die Red.)



Dieses Solidaritätsplakat wird zum Preis von S 10,- verkauft.

Die Spendensammlung kommt sehr gut voran

Veranstaltungen mit Ch.Chitando/Selbstentlarvung der KPÖ-Revisionisten

Die zahlreichen Berichte aus ganz Österreich zeigen, daß die Unterstützung des österreichischen Volkes für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe groß ist.

Zwei Beispiele: Nach der Veranstaltung in Knittelfeld wurde in einem Gasthaus mit Genossen Chitando weiter über Fragen des Befreiungskampfes gesprochen. Ein in einem Knittelfelder Großbetrieb Beschäftigter wurde dabei für die Ziele der Spendensammlung gewonnen. Er spendete nicht nur, sondern bestand auch darauf, Genossen Chitando den Betrieb, in dem er arbeitet, zu zeigen, um ihm so auch die Arbeitsbedingungen des österreichischen Volkes näherzubringen. Die „Betriebsbesichtigung" wurde dann vom Spitzeldienst der SP-Funktionäre im Betrieb verhindert. Zwei Maurer aus Innsbruck zogen die Lehren aus den Erfahrungen von Bekannten, die in Südafrika eingesperrt, beziehungsweise ausgewiesen wurden, weil sie die Apartheidgesetze durchbrochen haben. „Unterdrückt wird jeder, der die Ausbeutung und Entrechtung der Schwarzen stört oder sich nicht als Handlanger der Kolonialisten hergibt." Sie spendeten S 150,-.

Am deutlichsten aber zeigt sich bei den Veranstaltungen und Kundgebungen, bei der Agitation, wie breit und lebhaft die Solidaritätsbewegung schon ist. So sind





Rex Chiwara bei einer Kundgebung am Viktor Adler Markt in Wien

von den S 7.000,-, die die Ortsaufbaugruppe Klagenfurt in einem Monat gesammelt hatte, über S 3.000,- von Sympathisanten und anderen Werktätigen. Nach einer Diskussion im Mittagsclub der Katholischen Hochschulgemeinde Salzburg spendeten die 50 Teilnehmen 875,- S.

Sympathisanten des KB nehmen in verschiedenster Form organisiert an der Sammlung teil: durch Basteln von Spenden-Landrovern, wie in Graz; im Rahmen der „Klassenkampf"-Lesekreise, etc.

Auch in Orte, wo bisher vom KB nicht aufgetreten wurde, dringt die Spendensammlung: In Leibnitz kamen 15 Menschen, zum Großteil Schüler, zur Veranstaltung mit Genossen Chitando, S 433,- wurden gespendet. Einige Teilnehmer wollen nun einen Lesekreis für den „Klassenkampf" einrichten. Bei der Veranstaltung in Köttmannsdorf/Kotmara vas, bei der Genosse Chitando sprach und gemeinsam afrikanische und slowenische Lieder gesungen wurden, spendeten Arbeiter, Bauern und Schüler rund 500,- S. Die Ortsaufbaugruppe Klagenfurt trat zum ersten Mal in St. Veit auf, und organisierte einen Agitationsstand.

Die breite Propagierung und Unterstützung des Volksbefreiungskrieges in Zimbabwe und die Spendensammlung des KB haben die österreichische Bourgeoisie schon in Unruhe versetzt. „Ein paar LKW hinunterschicken nach Afrika, damit kann bald einer protzen. Es geht darum, die Infrastruktur zu verbessern; dazu muß man Eisenbahnen bauen und Fabriken errichten", propagiert Kreisky seine imperialistische Politik in einem Seminar von Grazer Studenten zur selben Zeit, als Genosse Chitando vor 60 Grazern sprach, die S 4.000,- spendeten. Die beiden grundsätzlich verschiedenen Arten von Unterstützung – die der Völker und die der Imperialisten, die die unterdrückten Völker damit noch fester in ihren Würgegriff bekommen wollen, hat er damit klargemacht. V.a. die KPÖ-Revisionisten, die so gerne ihre sozialimperialistischen Herren in der Sowjetunion als „natürliche Verbündete" propagieren und sich selbst als „Freunde der Patriotischen Front" – geraten völlig in Verwirrung und tragen im Zuge der Spendensammlung einiges zur Selbstentlarvung bei.

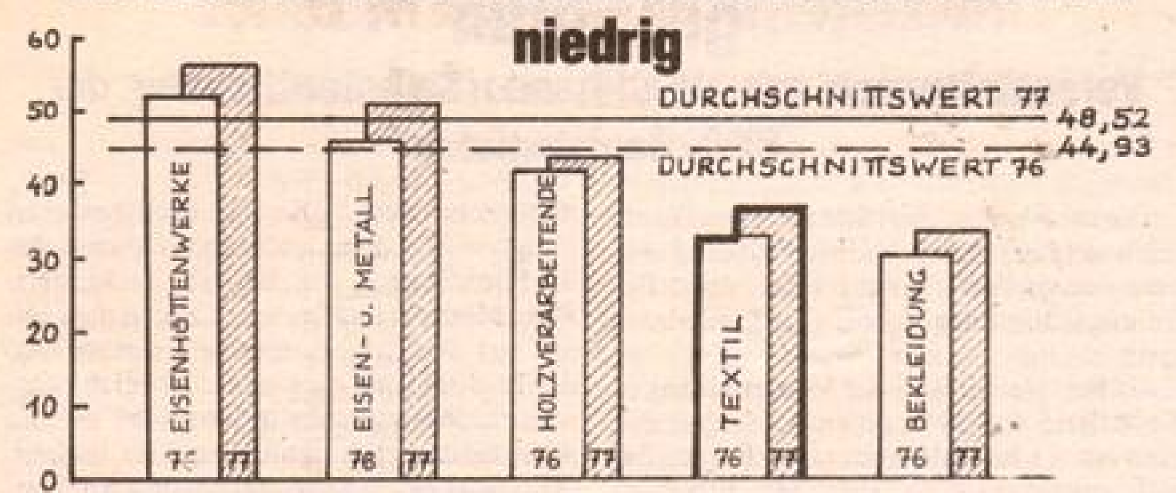
Das ist verständlich. Es ist schon schwer, einem einfachen Mitglied oder Anhänger klarzumachen, daß man als „Partei der Arbeiterklasse" den Kampf der Völker nur unterstützt, wenn und soweit es die Sowjetunion für richtig hält. Wieviel schwerer muß es da sein, diese Mitglieder und Anhänger davon abzuhalten, sich an der Spendensammlung aktiv und revolutionär zu beteiligen.

Aus Knittelfeld erreichte uns folgender Bericht der Sympathisantengruppe: „Als nach dem Referat von Genossen Chitando das Zimbabwe-Spendenauto herumgereicht wurde, erklärte der anwesende KP-Bezirkssekretär Bacher: 'Die KPÖ unterstützt voll und ganz den Kampf des Volkes von Zimbabwe und seine Befreiung, nur muß erst vorher geklärt werden, wie ihr zu der Sowjetunion steht. Erst wenn ihr aufhört, die Sowjetunion als sozialimperialistische Supermacht hinzustellen, sind wir bereit etwas zu spenden.' Vom Vertreter der Patriotischen Front wollte er schriftlich, daß die Sowjetunion die Hauptkraft bei der Unterstützung ihres Kampfes ist."

Ist das nicht lächerlich? Natürlich ist das lächerlich. Es nützt auch nichts, wie das Spendenergebnis von 1153.- Schilling auf der Veranstaltung zeigt.

Die Spendensammlung kommt sehr gut voran. Das tut sie deshalb, weil sie sich auf die Massen stützt und revolutionär durchgeführt wird. In den meisten Orten kann man jetzt schon sagen, daß das Spendenziel mit Sicherheit erreicht, wahrscheinlich sogar übertroffen wird.

Die Löhne in der Textilindustrie sind extrem niedrig



* Stundenverdienst – Durchschnitt durch Stundenakkord und Prämienlohn.

Die Löhne der Textilarbeiter liegen deutlich unter dem Durchschnitt der Industrielöhne. Auch die Überzahlungen über den KV-Lohn liegen mit 29,9 % (32 % im Jahr 1976) im unteren Feld.

An diesen Tatsachen zeigt sich die Zersplitterung innerhalb der Arbeiterschaft, die es den Kapitalisten ermöglicht, derart schlechte Bedingungen durchzusetzen. Es zeigt sich, wie notwendig eine ausreichende Lohnerhöhung gerade in dieser Branche ist, um den Plänen der Kapitalisten, die auf Verschärfung der Ausbeutung zielen, begegnen zu können. Es zeigt sich auch, wie notwendig es ist, die KV-Löhne beträchtlich anzuheben, um den Kapitalisten die Lohndrückerei mittels Kürzung der Überzahlungen zu erschweren.

Aufsplitterung in 12 – 14 Lohngruppen

Gesamtösterreich

Lohngruppe	*KV-Lohn*	*Stundenlohn*	*Akkordlohn*	*Prämienlohn*	*Durchschnitt*	Prozentsatz
1	25,33	30,52	37,29	27,89	31,59	2,7
3 bis 7	26,19 bis 29,71	31,81 bis 36,86	35,40 bis 41,13	33,89 bis 39,08	33,47 bis 38,84	70,5
12	32,87	44,85	47,19	44,58	44,87	2,9
14	42,69	51,13	–	–	51,13	0,07

Österreich, ohne Tirol und Vorarlberg

Lohngruppe	*KV-Lohn*	*Stundenlohn*	*Akkordlohn*	*Prämienlohn*	*Durchschnitt*	*Prozentsatz*
1	25,30	30,49	37,37	32,14	31,59	4,15
3 bis 6	25,93 bis 27,77	31,75 bis 35,04	35,19 bis 36,33	33,72 bis 36,93	33,41 bis 35,74	59,3
12	31,65	44,77	44,74	43,73	44,75	3,6

Von den rund 44.000 Arbeitern in der Textilindustrie erhalten ca. 53 % Stundenlohn, 34 % Akkordlohn und 13 % Prämienlohn. Die Arbeiter werden in Tirol und Vorarlberg in 14, im übrigen Österreich in 12 Lohngruppen eingestuft. Die große Anzahl der Lohngruppen dient vor allem der Zersplitterung der Kollegen: Es soll der Eindruck entstehen, daß auf Grund der verschiedenen Einstufungen die Unterschiede zwischen den Kollegen so groß sind, daß es für sie keine gemeinsamen Ziele geben kann. Jeder soll nur darauf schauen, daß er selber „besser" eingestuft wird. In Wirklichkeit sind die Unterschiede nicht so groß, wie aus den Tabellen hervorgeht. Die meisten Kollegen, sind in den unteren Lohngruppen eingestuft und hier unterscheiden sich die Stundenlöhne nur wenig.

Textil: Lohnrunde wird verschleppt

Mit Ende Oktober läuft der jetzige KV aus. Bis jetzt wurde im Unterausschuß der Paritätischen Kommission lediglich über die Freigabe beraten: Es wurde festgelegt, daß erst am 16. 11. in der Großen Paritätischen darüber diskutiert werden soll. Die österreichische Textilindustrie steckt seit Jahren in der Krise, aus der die Kapitalisten durch Verschärfung der Ausbeutung herauskommen möchten. Viele Textilarbeiter wurden auf die Straße geworfen. Das und die niedrigen Löhne erleichterte es den Kapitalisten, die Arbeitshetze zu steigern. Dem hat der KV 76 keinen wirksamen Riegel vorgeschoben. Die Kapitalisten wünschen sich das auch weiterhin und sehen die beste Möglichkeit darin, vorerst überhaubt die Verhandlungen und den Abschluß um einen neuen KV um Wochen und Monate hinauszuzögern.

Die bürgerliche Gewerkschaftsführung hindert die Arbeiter am entschlossenen Auftreten gegen die Kapitalisten in ideologischer, politischer und organisatorischer Hinsicht. Vor allen einmal ideologisch, wenn sie zum Zusammenhalten und der „heimischen Textilindustrie" gegen die „ausländische Konkurrenz" aufruft.

Um die „Konkurrenzfähigkeit der heimischen Textilindustrie" zu sichern, soll bei den Löhnen stillgehalten werden.

Der letzte KV im Herbst 1976

Die Forderungen der Gewerkschaftsführung lagen genau auf der Linie der Unterwerfung unter die Interessen der Kapitalisten. Unter der Parole Anhebung der Löhne auf das österreichische Durchschnittsniveau forderten sie 9 – 10 %. Diese Forderung war nicht geeignet, das Lohnniveau zu halten oder zu verbessern, sie war auch nicht geeignet für die Herstellung einer Einheit der Textilarbeiter. Für die niedrigste Lohngruppe (damals 22,50 S/Std) hätte sie eine Bruttoerhöhung von weniger als 400S pro Monat gebracht. 85 % der Arbeiter der Textilindustrie sind Frauen mit einem Durchschnittsverdienst von 1.151,- brutto pro Woche (Wirtschafts- und Sozialstatistisches Handbuch der Arbeiterkammer 1975), für sie wären etwa 460,- S pro Monat herausgekommen. Die männlichen Arbeiter, die im Schnitt 1.542,- pro Woche verdienen, hätten ca. 700,- S erhalten. Angesichts des besonders niedrigen Lohnniveaus in der Textilindustrie und angesichts der ständigen Steigerung der Lebenshaltungskosten, war die Höhe der Forderung schon von vorneherein für die Masse der Arbeiter unzureichend. Dazu kommt noch, daß die Prozentforderung für jeden etwas anderes bedeutete und so der Spaltung nicht entgegenwirken konnte. Allein diese Forderung behindert die Herstellung einer Einheit der Arbeiter schwer. Das Ergebnis war dementsprechend schlecht: S 2,- auf die Mindestlöhne, S 2,40 auf Ist-Löhne. Das waren etwa 400,- S pro Monat. Dem Unmut der Kollegen über Entlassungen und Arbeitslosigkeit wurde durch die Forderung nach Einführung einer Abfertigung Rechnung getragen: Nach 10 Jahren ein Monatslohn, nach 15 Jahren eineinhalb, nach 20 Jahren zwei und nach 25 Jahren drei – so lauteten die Forderungen der Gewerkschaft. Der Abschluß brachte ein noch schlechteres Ergebnis:

Mit 15 Jahren Betriebszugehörigkeit besteht erstmals Anspruch auf 3 Wochenlöhne Abfertigung, nach 20 bzw. 25 Jahren kommen jeweils drei Wochen dazu.

Standorte der österreichischen Textilindustrie

5.000 und mehr Beschäftigte
2.500 – 3.000 Beschäftigte
2.000 – 2.500 Beschäftigte
500 – 1.000 Beschäftigte
200 – 500 Beschäftigte

Veranstaltungen der Österreichisch – Albanischen Freundschaftsgesellschaft

Ausstellung albanischer Karikaturen:

Wien, „Alte Schmiede", literarisches Kabinett, 1., Schönlaterngasse. Bis 29. 10.
Linz: Stadtmuseum: 3. – 26. November

Albanische Folkloregruppen (Tirana):

Linz: 3. 11., 18 Uhr, Stadtmuseum.
Graz: 4.11., 19 Uhr Konsumentenberatungshaus, Arbeiterkammer, Kosakengasse.
Wien: 5. 11., 19 Uhr, Porrhaus, Wien 4., Treitlstraße 3

„Lohn, Preis und Profit"-ein elementares Werk des Marxismus-Leninismus

„Lohn, Preis und Profit", ein Vortrag von Karl Marx aus dem Jahr 1865, beinhaltet skizzenhaft die Grundzüge der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie.

88 Seiten, Preis: 3,30 S zu beziehen über: Fa. Alois Wieser Ges.m.b.h., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, Postfach 13, 1042 Wien

ÖBB: Mit den Forderungen der Liste AKTIONSPROGRAMM eine Front gegen weitere Verschlechterungen aufbauen!

Unter den Eisenbahnern gärt es schon seit längerem. Die Unzufriedenheit und der passive Widerstand gegen die laufenden Verschlechterungen wie:
die Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, der Arbeitszeiten, Schikanen und finanzielle Ausplünderung durch die Dienststrafordnung und laufendem Reallohnabbau steigt.

Die Unzufriedenheit mit der derzeitigen Gewerkschaftspolitik, die dem nichts entgegensetzt, wächst von Tag zu Tag.

Für die Verwaltung und den Staat wird es immer schwieriger, die Eisenbahner in Ruhe und Abhängigkeit zu halten.

Der vorhandene Unmut und Protest muß zusammengefaßt und organisiert werden.

Eine Abwehrfront der Eisenbahner gegenüber der Verwaltung und der Regierung aufzubauen, wird immer dringender, denn die Lage der Eisenbahner verschlechtert sich zusehends. Vor dieser Aufgabe steht heute jeder klassenbewußte und fortschrittliche Eisenbahner. Diese Aufgabe muß angepackt werden-

Aus diesem Grund bildeten eine Gruppe von Eisenbahnern aus ganz Österreich im Juli dieses Jahres die Liste AKTIONSPROGRAMM. Sie faßten die wichtigsten Fragen in einem 5-Punkte-Programm zusammen:

1. Gegen die Rationalisierungen und Einsparungen auf Kosten der Eisenbahner.
2. Gegen jede Verschlechterung der Arbeitszeitregelung und der Arbeitsbedingungen
3. Weg mit der Dienststrafordnung!
4. Gehaltsverhandlungen: Ausreichender Mindestbetrag, keine längere Laufzeit als ein Jahr! Kein Stillhalteabkommen!
5. Die Personalvertreter müssen den Kollegen verantwortlich und rechenschaftspflichtig sein – und niemand anderem!

Tausende Eisenbahner in ganz Österreich auf den verschiedensten Dienststellen debattierten darüber und an vielen Dienststellen wurden zusätzliche Forderungen aufgestellt.

Diese Debatte und das selbständige Aufstellen von Forderungen ist ein erster großer Schritt vorwärts.

An den Dienststellen, an denen die Debatten besonders weit fortgeschritten sind, und wo die Eisenbahner in den verschiedensten Formen eintraten für die Erfüllung ihrer Forderungen erfüllte die Verwaltung bereits einzelne Forderungen, um den Unmut der Kollegen einzudämmen.

Gleichzeitig verstärkte die Verwaltung den Druck und startete eine Reihe von Einschüchterungsmaßnahmen auf die Kandidaten der Liste AKTIONSPROGRAMM und die Eisenbahner, die für ihre eigenen Forderungen einraten. In Linz versetzten sie den Kandidaten für den Zentralausschuß Walter Fehlinger. Das hat und wird ihr letztlich nichts nützen

Diese Maßnahme ist eine Maßnahme und ein Angriff gegen alle die Eisenbahner, die für die Forderungen der Liste Aktionsprogramm eintreten. Die Zurückweisung dieser Maßnahme der Verwaltung, des Vorstandes des Linzer Verschubbahnhofes ist notwendig

Das 5-Punkte-Forderungsprogramm gibt es und gilt

100 Unterschriften von aktiven Eisenbahnern sind notwendig, um als wahlwerbende Gruppe bei den PV-Wahlen kandidieren zu können.

Diese 100 Unterschriften konnten jetzt noch nicht erreicht werden.

Das ist keine Niederlage für die Eisenbahner oder gar ein Sieg für die Verwaltung, sondern Ausdruck vom derzeitigen Stand des aktiven Zusammenschlußes der Eisenbahner. An diesem Zusammenschluß muß und wird energisch weitergearbeitet werden. Das weiß die Verwaltung.

Das ist auch kein Sieg oder Freibrief für die Politik der SP-, FCG- oder LB-Fraktion

Bei den Wahlen zur Personalvertretung geht es ihnen um die Interessen der Eisenbahner nur insofern, als sie sich an diesen anhängen müssen, um Stimmen einzufangen. Dabei gehen sie aus von einer Politik der Zusammenarbeit mit Verwaltung und Staat und sind bereit, an der Sanierung der staatskapitalistischen ÖBB auf Kosten der Kollegen mitzuwirken. Eben eshalb sind sie auch nicht an der Herstellung einer kämpferischen Einheit der Eisenbahner gegen die Rationalisierungen, gegen den Lohnabbau und gegen die Unterdrückung mit besonderen Dienstvorschriften durch den staatlichen Arbeitgeber interessiert.

Auf das Auftreten der Liste AKTIONSPROGRAMM reagieren diese Fraktionen mit Hetze, Spaltungsversuchen und direkten Druckmaßnahmen zur Verhinderung aller Ansätze eines Zusammenschlußes der Kollegen auf dem Boden des Klassenkampfes. Die Liste dieser klassenbewußten und kommunistischen Eisenbahner bekämpfen sie, weil sie die Einheit der Eisenbahner, die hinter diesen Forderungen herzustellen ist, bekämpfen.

Die Forderungen der Liste AKTIONSPROGRAMM stehen, sind tausenden Eisenbahner bekannt und können durch nichts mehr aus der Welt geschafft werden.

Die Forderungen sind für die nächsten Monate die Richtschnur beim Aufbau einer Front der Eisenbahner gegenüber der Verwaltung und dem Staat. Bei den kommenden Auseinandersetzungen werden diese Forderungen eine wichtige Grundlage bilden.

Die Empörung über den Druck des staatlichen Dienstherrn ist groß - was fehlt ist der breite Zusammenschluß dagegen

Auf zahlreichen Bahnhöfen und Dienststellen sind die Forderungen der Liste AKTIONSPROGRAMM in den letzten Wochen bekanntgeworden. Sie sind dort breit diskutiert worden und häufig auf spontane Zustimmung gestoßen. Vor allem war das Programm mit den Forderungen gegen die staatlichen Rationalisierungspläne und gegen die Druckmaßnahmen, mit denen diese durchgesetzt werden sollen, Anlaß, dem Unmut über die Politik der Verwaltung gegenüber den Eisenbahnern Ausdruck zu verleihen.

Abgesehen von den Schikanen, Versetzungen usw. gegen die Kandidaten der Liste AKTIONSPROGRAMM selbst, wurden die Eisenbahner mit Drohungen oder auf die „sanfte" Tour von der Unterschrift abgehalten oder zum Rücktritt gezwungen. „Ich habe einen Kredit von der Landesregierung; wenn jetzt die Gemeinde von der Unterschrift erfährt, muß ich vielleicht den Kredit sofort zurückbezahlen." fürchtete ein Kollege am Bahnhof Liesing. Oder: „Ich würde unterschreiben, wenn die Kollegen, die noch nicht fix angestellt sind, auch unterschreiben." In der Abteilung Gepäck am Wiener Westbahnhof und bei den Verschiebern hingen die Flugblätter der Liste AKTIONSPROGRAMM am schwarzen Brett. Diese Liste auch zu unterschreiben, dazu war noch zu wenig Einheit vorhanden. „Entweder es unterschreiben alle vom Gepäck oder niemand!" hieß es.

Großeinsatz hatten manche Funktionäre der Fraktion Sozialistische Eisenbahner in ihrem Bemühen, den Zusammenschluß der Kollegen gegen den staatlichen Dienstherren zu behindern, und ihre eigene Kapitulationspolitik vor den Angriffen der Verwaltung zu verbergen.

In der ÖBB-Hauptwerkstätte Linz brachten die Flugblätter der Liste den SP-Funktionär Friedinger so ins Schwitzen, daß er sich jeden Morgen 10 bis 15 Minuten vor das Tor stellte, um zu kontrollieren, welcher Kollege ein Flugblatt entgegennahm.

Entweder bekommen es die Kollegen dann gleich zu hören oder sie werden im Laufe des Tages vom Vertrauensmann aufgesucht, daß sie die Flugblätter nicht nehmen sollten und daß nur „lauter Mist" drinnen steht. „Die wahren Interessen werden nur von der SP-Fraktion vertreten .... denn die SP fordert, erreicht und verantwortet auch ...." Auf zahlreichen Wiener Bahnhöfen war die Diensteinteilung einer der wesentlichsten Disziplinierungsknüppel. Dienstzeiten bis zu 15 Stunden sind etwa am Westbahnhof das Übliche. Zeitausgleich ist wegen des geringen Personalstandes kaum möglich und die Abgeltung für die Mehrarbeit ist nur 1 : 1. Besonders für die Schaffner bringt das unmögliche Zustände mit sich: Sie erfahren ihre Diensteinteilung oft erst kurz vor Antritt. Derartige Willkür bei der Einteilung von Diensten schafft den Vogesetzten zahlreiche Möglichkeiten, gegen unliebsame Kollegen vorzugehen.

Kürzungen bei den Dienstposten und damit Überstunden als Regel ist nur ein Beispiel davon, was die SP-Gewerkschafter „verantworten". In ihrem Wahlprogramm ist von Forderungen dagegen, davon, daß es eine gesetzliche 40-Stunden-Woche gibt, usw. keine Rede. Nur von „Erkenntnissen auf arbeitsmedizinischem Gebiet" wird ein wenig geschwätzt.

Ebenso ist im Programm der Sozialistischen Eisenbahner für die PV-Wahlen von den „großen Errungenschaften" des Dienstrechtes die Rede. Bei allen Kollegen ist dieses Dienstrecht verhaßt. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre wollen es „wahren und sichern" und so dem staatlichen Diensthern ein Instrument zur politischen und gewerkschaftlichen Entrechtung der Eisenbahner erhalten. Insbesondere die Dienststrafordnung findet dabei heute breite Anwendung bei der Disziplinierung der Kollegen, die sich gegen die von der Verwaltung betriebenen Druck- und Rationalisierungsmaßnahmen auflehnen. Bis zu 7 % Abzüge vom Lohn müssen Kollegen hinnehmen, wenn in der Arbeitshetze oder Überarbeitung Frachtgüter oder Betriebseinrichtungen zu Schaden kommen. In Innsbruck läßt die Direktion nach etwaigen Zivilgerichtsverhandlungen Kollegen noch vor ein eigenes „Bahngericht" zitieren.

Viele Eisenbahner-Kollegen wissen, wo der Mist in Wirklichkeit zu finden ist. Bei dem Auftreten der Liste AKTIONSPROGRAMM zeigte sich immer wieder, daß die Forderungen überall breite Zustimmung gefunden haben. Auf dem Wiener Westbahnhof z.B. sind Genossen des KB Österreichs, der die Liste AKTIONSPROGRAMM unterstützt, von Kollegen von einer Abteilung in die andere geschickt worden, mit der Aufforderung, überall das Forderungsprogramm bekannt zu machen. Auch wenn die Liste die Kandidatur diesmal nicht erreichte – die Forderungen sind richtig und hinter diesen Forderungen können sich die Eisenbahner zusammenschließen. Einzelne kann man einschüchtern. Hinter richtigen Forderungen vereint ist das schon schwerer. Den Willen der Eisenbahner, gegen Lohnabbau, verschärfte Ausbeutung, politische und gewerkschaftliche Unterdrückung zu kämpfen, kann hinter den richtigen Forderungen der Liste AKTIONSPROGRAMM organisiert werden.



Hall in Tirol, Zugförderungsleitung Innsbruck:
In der Wagenmeisterei muß endlich eine Brause her!

Die Wagenmeisterei Hall ist eine eigene, zu Innsbruck gehörige Dienststelle turnusmäßig mit etwas über 20 Mann besetzt. Es gibt zwar einen Aufenthaltsraum, aber seit eh und je gibt es keine Brause. „Grad im Sommer, wenn man dreckig und verschwitzt ist, bräuchten wir eine Brause am notwendigsten," meinte ein Kollege. Manchmal gehen einige außen herum zu den Kollegen vom Bahnhof brausen. Aber brausen sollte man sich dort, wo man sich umzieht.

Nicht erst heute fordern die Kollegen eine eigene Brause. „Bei den letzten Personalvertretungswahlen ist so einer gekommen (ein SP-Kandidat) und hat gefragt: 'Was brauchts denn, was fehlt denn? Wir haben eine Brause gefordert, aber geschehen ist bis heut nichts", sagte ein Kollege. Bei einem Lohn, der manchen von ihnen zum „Pfuschen" zwingt (sonst könnte ich mir manches nicht leisten, sagte ein Kollege), bietet der staatliche Dienstgeber nicht einmal die primitivsten hygienischen Arbeitsbedingungen.

Zelle TRM/Innsbruck

Ein Schritt vorwärts im Kampf gegen die imperialistische Energiepolitik der österreichischen Bourgeoisie !

In der Internationalen Energieagentur (IEA) haben sich die westlichen Imperialisten unter Führung der US-Supermacht zusammengetan im Versuch, den wachsenden Zusammenschluß der Erdöl exportierenden Länder der Dritten Welt gegen den Raub und die Plünderung an ihren Rohstoffen zu unterlaufen und gleichzeitig bereiten sich die westlichen Imperialisten mit dieser Organisation für den Krieg gegen den sowjetischen Konkurrenten vor, wobei es ihnen um die Sicherung der Energieversorgung für den Kriegsfall geht. Auf der letzten Konferenz in Paris haben die Imperialisten in der IEA zwölf „energiepolitische Gebote" beschlossen. Eines dieser Gebote, mit dem die Ausbeutung und Plünderung der Arbeiterklasse und der Völker heiliggesprochen werden, geht dahin, die Energiepreise zu erhöhen zwecks Schaffung eines „Sparanreizes" für die Massen. Auf Österreich übersetzt kündigte Staribacher anschließend erhöhte Kfz-Steuern durch Neuberechnung nach Benzinverbrauch, Strompreiserhöhungen für Mehrverbrauch an, und drohte mit dem „autofreien Tag". Die Energiepolitik der österreichischen Bourgeoisie, deren Übereinstimmung und Absprache mit der IEA wurde auf der Demonstration mit den Losungen „Österreich raus aus der Internationalen Energieagentur", „Eine Front mit der Dritten Welt, bis der Imperialismus fällt!" und „Mit dem Atomprofit klettern die Tarife mit – keine Strompreiserhöhung!" bekämpft.





Im Parlament will die Bourgeoisie über Beschluß ihrer Politiker dem Atomkraftwerksprogramm, das sie seit Jahren betreibt, Autorität gegen die Volksmassen verleihen. Die Demonstration vor dem Parlament brachte zum Ausdruck, daß der Parlamentsentscheid als Betrug durchschaut ist und das nur der selbständige Kampf gegen die imperialistische Energiepolitik die Inbetriebnahme von Atomkraftwerken verhindern kann.



REGIERUNGSMATERIALIEN, GESETZE UND ABKOMMEN ÜBER ATOMKRAFTWERKSBAU UND IMPERIALISTISCHE ENERGIEPOLITIK IN ÖSTERREICH
ca. 90 Seiten *Preis: 20.-öS*
Abkommen Österreich-USA (1960)
Atomhaftpflichtgesetz (1964)
Strahlenschutzgesetz (1969)
Übereinkommen über ein Internationales Energieprogramm (Internationale Energieagentur) (1975)
Energielenkungsgesetz (1976)
Energieplan (1976)
Regierungsbericht über die Nutzung der Kernenergie (1977)
Österreichische Elektrizitätsgesellschaften: Aufsichtsräte und Beteiligungen
Zu bestellen bei: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13



Gegen die Lagerung des Atommülls im Waldviertel und gegen die Anlieferung von Uran nach Zwentendorf und die Inbetriebnahme dieses ersten Atomkraftwerks beteiligte sich auch die Bevölkerung aus diesen Gebieten an der Demonstration.

11,6 Millionen für AKW-Propaganda

Der Verband der E-Werke (Dachorganisation der Länderorganisationen und von ca. 153 privaten E-Erzeugern) hat für 1977 11,6 Millionen Schilling für die Werbung für Atomstrom vorgesehen. Davon:
300.000 an Oberstleutnant Bernadier für Vorträge in Kasernen als Subvention an den Heeressportverband
900.000 an Satel-Werbung für Fernsehspots
2 Millionen an Prosquil-Werbung für Zeitungswerbung etc.
ca. 1,5 Mio. für Drucksorten und Haushaltswerbung (z.B. an Gewerkschaftsdruckerei Elbemühl); für Einladung einzelner Politiker zur Mülldeponie ASSE in der BRD – obwohl diese erwiesenermaßen keine Endmülldeponie ist; Werbung in Schulen : z.B. soll im Herbst ein Plastik-AKW-Modell (zerlegbar) an die Schulen kommen.



Widerstand gegen ÖGB-Vorstands beschluß

Vom 10.-14. Oktober war ich auf einem Betriebsratskurs des Wiener Fachausschusses der Gewerkschaft Handel, Transport, Verkehr (HTV). Dabei übten wir an einem Tag „Versammlungstechnik" mit dem Video-Recorder. Meine Gruppe beschloß, als Übung eine außerordentliche Betriebsversammlung durchzuführen, auf der ein kurzes Referat über Umweltgefahren gehalten wird und dann der Betriebsrat eine Resolution einbringt, die sich gegen die Inbetriebnahme des AKW-Zwentendorf richtet und gegen den Beschluß des ÖGB-Vorstands für die Inbetriebnahme. Obwohl das Ganze nur als Übung gedacht war und es deshalb auch keine Debatte über diese Frage gab, stimmten die anwesenden Betriebsräte spontan über die Resolution ab. Dabei ergab sich eine klare Mehrheit (etwa ⅔ der anwesenden 24 Betriebsräte) für die Resolution. Dem Gewerkschaftssekretär, der den Kurs leitete, war das sichtlich unangenehm, unter anderem ließ er die Abstimmung unter einem Vorwand wiederholen, was aber nichts fruchtete.

SP-Sanierungsprogramm in den Krankenhäusern

Wien: Überstunden für das Pflegepersonal

Im gesamten Öffentlichen Dienst werden sehr viele Überstunden gemacht. Bei uns in den Spitälern der Gemeinde Wien auch: Das Pflegepersonal arbeitet 48 – 50 Stunden, bei Portieren und im Inspektionsdienst gibt es 24-Stunden-Schichten. Die Gemeinde Wien ist an der Überstundenarbeit interessiert. Erstens, weil es billiger kommt, dem vorhandenen Personal Mehrleistungen zu zahlen, als neues qualifiziertes Personal auszubilden und einzustellen, und zweitens, weil die Überstundenarbeit die Kollegen spaltet. Insbesondere, wenn es um die Gehälter geht, erscheint dem Teil, der Überstunden macht, die Notwendigkeit einer Erhöhung des Gehalts n[illegible] so dringlich, weil er anscheinend mehr [illegible] In Wirklichkeit ist das bißchen M[illegible]r schwer erkauft durch den wesentlich [illegible]rkeren Verschleiß der Arbeitskraft. Die Überstundenarbeit trägt auch bei zur Spaltung in jüngere und ältere Kollegen. Die älteren können oft den Anforderungen nicht mehr mithalten und wei[illegible]en auf Posten mit Normalarbeitszeit verse[illegible] wo sie mit dem Grundgehalt auskommen [illegible]ssen. Sie schreiben das dann oft genug den jüngeren Kollegen zu anstatt der Vorgangsweise der Gemeinde. Aus allen diesen Gründen gibt es in den Spitälern schon längere Zeit eine Bewegung für die Durchsetzung der 40-Stunden-Woche.

Im Zuge der Überlegungen der Regierung, wie sie ihr Budget sanieren kann, hat Kreisky den Vorschlag gemacht, die Überstunden im Öffentlichen Dienst um 10% zu reduzieren, bzw. die gemachten Überstunden nur mehr im Zeitausgleich und nicht mehr finanziell abzugelten. Heißt das jetzt, daß Kreisky für eine Arbeitszeitverkürzung eintritt, wie sie die Kollegen wollen? – Sicher nicht! Dieser Vorschlag ist ein Bestandteil des Sanierungsfeldzuges der Regierung, der durch Ausplünderung der Volksmassen und Erleichterungen zur Verschärfung der Ausbeutung den Kapitalisten aus der Krise helfen soll. Unter diesem Gesichtspunkt haben sich die Kollegen auch überlegt, was die Überstundeneinsparung à la Kreisky ihnen bringen wird:

- Im Laufe des Tages gibt es Zeiten, wo mehr, und solche, wo weniger zu tun ist. Wenn nun z.B. zu der Zeit, wo der Arbeitsanfall geringer ist, Personal abgezogen wird, so heißt das: Arbeitsintensivierung, sodaß keine Pausen, keine ruhigeren Zeiten mehr [illegible]rinnen sind.

Das ist also eine Möglichkeit für den Staat, Überstunden einzusparen, die für die Kollegen nichts Gutes bringt: Mit weniger Personal die gleiche Arbeit und noch dazu Arbeitszeiten, die sich nur nach dem richten, was der Dienst erfordert, nicht danach, was die Kollegen brauchen.

- Überstunden werden so gemacht, wie bisher, sie werden aber in Zeitausgleich abgegolten. D.h., die Kollegen bekommen dann irgendwann einmal eine sogenannte Ausgleichsstunde und einen Ausgleichstag vorgeschrieben, die womöglich so angesetzt ist, daß man damit nichts anfangen kann. Das bedeutet eine weitere Zerstückelung der Freizeit und außerdem ein Mittel zur Schikanierung und Spaltung der Kollegen: Wer bekommt welchen Tag wieviele Stunden usw.

- Die Dienste werden so gemacht wie bisher. Die geleisteten Überstunden werden in Form von Urlaubsverlängerung auf einen Schub den Kollegen vergütet. Während dieser Zeit sperrt die Station. Das ist eine Möglichkeit, die auf jeden Fall eine Verschlechterung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung nach sich zieht und an der heutigen Überstundenschinderei des Personals nichts ändert.

Wir sehen also, daß alle jene Möglichkeiten, die es der Regierung ermöglichen, ihre Sparpläne zu verwirklichen, Möglichkeiten sind, die zu Lasten des Personals gehen oder bzw. und eine Verschlechterung des Gesundheitswesens bedeuten. Es ist daher ein Hohn, auf die Ankündigungen der Regierung zu antworten: „Es könne kaum die Aufgabe der Gewerkschaft sein, gegen eine Reduzierung der Überstunden zu kämpfen, wenn man vorher für die 40-Stundenwoche eingetreten sei." So die Gewerkschaft der Öffentlich Bediensteten (zitiert nach AZ, 22. 9. 77).

Natürlich ist eine Reduzierung der Überstunden bzw. deren Verbot eine Forderung der Bediensteten, die die Gewerkschaft vertreten und durchsetzen muß (wozu sie in den letzten Jahren nichts getan hat!)

Aber die heutigen Regierungsvorschläge sollen unter dem Deckmantel der Arbeitszeitverkürzung verschärfte Antreiberei der Kollegen durchsetzen und müssen deshalb zurückgewiesen werden. Folgende Forderungen sollten diskutiert werden, damit wir den Angriffen der Regierung entgegentreten können:

* *Generelle Einhaltung der 40-Stunden-Woche!*

Damit wir unsere Arbeitskraft erhalten und damit wir uns nicht noch mehr spalten lassen, in solche die mehr und solche, die weniger Überstunden machen, wie es möglicherweise beim Kreisky-Vorschlag der Fall wäre.

* *Keine Dienstposteneinsparung, Personalaufstockung, wo notwendig!*

Wir wissen, daß die Regierung nicht nur Überstunden einsparen will, sondern auch Personal selbst und erleben es heute schon teilweise in der Form, daß Abgänge nicht ersetzt werden. Diesen Plänen muß man entgegentreten. Zweitens wollen wir, daß eine Überstundenkürzung damit verbunden ist, daß mehr Personal aufgenommen wird.

Diensteinteilung durch das Personal selbst.

Das ist schon heute eine wichtige Forderung, um Schikanen und Spaltungsversuchen der Vorgesetzten entgegentreten zu können. Umso wichtiger angesichts der Bestrebungen der Regierung, die Abgeltung der Überstunden in Zeitausgleich zu verstärken. Wir wollen nicht, daß sich die Einteilung unserer Freizeit nach dem Dienstgeber richtet, sondern danach, was wir brauchen, um uns von den anstrengenden Diensten auch zu erholen.

Diese Forderungen sollten überall diskutiert werden. Wir sollten darauf achten, daß wir unsere Gewerkschaftsvertreter darauf verpflichten.

Zelle Allgemeines Krankenhaus/Wien

Rationalisierungen in den Spitälern

Ich arbeite im Neurologischen Krankenhaus Rosenhügel als Psychologin. Seit einer Woche haben wir – ebenso wie die Heilgymnastinnen, wie ich bisher erfahren habe – Strichlisten auszufüllen. Das heißt: ein Strich für jeden Test, für jede Betreuung eines Patienten (Kinderabteilung), aufgeschlüsselt nach Stationen und Ambulanz- und Privatpatienten des Chefs. Diese Arbeit muß jeden Tag gemacht werden. Damit soll unsere Arbeit genau quantitativ erfaßt werden. Diese Listen wurden 10 Tage vorher vom Verwalter angekündigt. Der Zweck sei bessere und rationellere Verwendung der Spitalsgelder. Die Ergebnisse sollen nach einiger Zeit von allen Spitälern gesammelt und ausgewertet werden und daraus soll eine geringere Verschwendung der Spitalsgelder folgen.

Diese Maßnahme, die nach der Seite „es soll sparsamer gewirtschaftet werden", eine gewisse Zustimmung fand, hat aber auch die Funktion von verschärfter Kontrolle und Förderung der Spaltung unter den Gemeindebediensteten. Rationalisierungen, die mit solchen Schritten vorbereitet werden sollen, richten sich gegen die Angestellten und Patienten.

Die Strichlisten stellen einen Beitrag der Vorbereitung umfassender Rationalisierungen in den Spitälern der Gemeinde Wien dar, der geplanten Einsparungspolitik im Gesundheitswesen, der Einsparungspolitik bei den öffentlichen Bediensteten.

Kapsch Wien: Innerbetriebliche Lohnerhöhung gestrichen – dafür länger arbeiten

Für heuer soll die jährliche innerbetriebliche Lohnerhöhung entfallen. Erst im Jänner 1978 soll wieder darüber verhandelt werden. Als „Ersatz" soll es eine einmalige Prämie geben, die – je nach Dauer der Firmenzugehörigkeit – zwischen 0 (von 0 – 1 Jahr bei der Firma) und 2.000,- Schilling (über 25 Jahre bei der Firma) ausmachen soll. Dadurch wird die ohnehin triste Lohnsituation bei Kapsch – als Betrieb mit überwiegend Frauen und vielen Pendlern hat Kapsch ein niedriges Lohnniveau – und die Spaltung der Kollegen noch verschärft. Diese Maßnahme liegt genau auf der Linie, die die gesamte Kapitalistenklasse in der nächsten Zeit verfolgen wird: Senkung des allgemeinen Lohnniveaus durch KV-Abschlüsse unter der Inflationsrate und möglichst keine betrieblichen Lohnerhöhungen.

Gleichzeitig ist die Firmenleitung mit der Forderung nach „Mehrleistungen" an die Belegschaft herangetreten. Bis Ende des Jahres müssen verschiedene Aufträge erfüllt werden und deshalb werden Überstunden in größerem Maßstab verlangt. Um auch dabei an Lohn zu sparen, haben die Kapsch-Kapitalisten den Kollegen folgende Einarbeitungsregelung aufgezwungen: Die 1. Jännerwoche (2.1. bis 5.1.1978) soll in der Zeit von 17. 10. – 16. 12. eingearbeitet werden. 4 Stunden will die Firma „herschenken" – das heißt 28 Stunden einarbeiten, das sind 40 Minuten pro Tag. Mit der bereits bestehenden Einarbeit-Regelung von täglich 18 Minuten ergibt das eine Verlängerung des Arbeitstags auf 9 Stunden. Dazu sollen noch Überstunden, eventuell auch Samstagsarbeit kommen.

Wie gierig die Kapsch-Kapitalisten auf die verlängerte Auspressung der Belegschaft sind, zeigt sich daran, daß sogar den Lehrlingen, die ja nicht einarbeiten dürfen, 4 Tage nicht „geschenkt" werden. Ihnen hat man ursprünglich versprochen, daß auch über die Wintermonate wie im Sommer jeden Dienstag am 2 Uhr Sport betrieben werden kann. Bis Weihnachten ist dieses Versprechen nun wieder rückgängig gemacht worden.

Die Aufträge fristgerecht zu erfüllen, ist für Kapsch sehr wichtig, um im verschärften Konkurrenzkampf in der Fernmeldebranche bestehen zu können. Gleichzeitig besteht die Gefahr, daß einerseits jetzt Überstunden geschunden werden bei bereits verringerter Belegschaft (auf der Arbeiterbetriebsversammlung hat Betriebsratsobmann Machold von bereits erfolgtem Personalabbau gesprochen) und daß andererseits Anfang 1978 im Zuge der Produktionsumstellung von elektromechanischen auf elektronische Bauteile weiter abgebaut wird.

Über die Verhandlungsergebnisse zwischen Betriebsräten und Firmenleitung gibt es beträchtliche Empörung. Besonders das Einarbeiten, wird von vielen Kollegen als unerträgliche Belastung empfunden. Hier hat es bereits Protestschritte gegeben: Im Kondensatorbau wurde der Betriebsrat geholt, um ihm gehörig die Meinung zu sagen. Die Kollegen im technischen Büro machten eine Umfrage in ihrer Abteilung. Sie ergab, daß 90 % gegen das Einarbeiten sind, und daß sie – wenn schon eingearbeitet wird – für eine Regelung 1 : 1,5 eintreten wollen. Ein Lehrlingsausbildner wurde von Lehrlingen wegen der Streichung des versprochenen Sportnachmittags zur Rede gestellt.

Freilich sieht eine Reihe von Kollegen im Einarbeiten die Möglichkeit, sich längere zusammenhängende Freizeit zu verschaffen.

Dem liegt der bei der gestiegenen Ausbeutung mehr als berechtigte Wunsch nach mehr Urlaub zugrunde. Aber – dieser Weg ist trügerisch. Denn zum einen wird die Plackerei durch die Verlängerung des Arbeitstags ja um das größer, was einem dann als mehr Freizeit vergütet wird. Man hat also nicht viel gewonnen, und vor allem trägt er Uneinigkeit in die Belegschaft. Denn für viele Kollegen, ältere z.B., oder Frauen, die Kinder zu Hause haben, ist eine Verlängerung des Arbeitstags unzumutbar. Einarbeiten bleibt nur für wenige ein individueller Ausweg. Und als solcher ist er überhaupt kein Ausweg, weil er die Kollegen spaltet und aufsplittert, sie gegenüber den Kapitalisten wehrloser macht und weiteren Angriffen auf die Arbeitsbedingungen und den Lohn Tür und Tor öffnet.

Der Ausweg liegt im Zusammenschluß hinter gemeinsamen Forderungen gegen die Pläne der Kapitalisten. Am besten wäre es natürlich, wenn man erreichen könnte, daß die erste Jännerwoche frei wäre, ohne daß eingearbeitet wird. Das scheint aber heute vielen Kollegen zu Recht unrealistisch, wenn man das Kräfteverhältnis im Betrieb bedenkt. Zudem ist ja mit dem Einarbeiten schon begonnen worden. Aber die Debatte über eine Verbesserung des Einarbeitungsverhältnisses, die im Betrieb schon begonnen hat, geht in eine richtige und realistische Richtung. Wenn eine 1 : 1,5 - Regelung durchgesetzt werden kann, hat man erreicht, daß der Arbeitstag nicht in dem Maß ausgedehnt werden kann, wie es die Kapitalisten vorhaben und man hat ihnen einen Strich durch die Rechnung gemacht, sich für die Mehrarbeit den Überstundenzuschlag zu sparen. Hinter der 1 : 1,5 - Forderung können sich alle Kollegen zusammenschließen, auch die, die für mehr Urlaub die Verlängerung der Arbeitszeit in Kauf nehmen würden. Und selbst wenn diese Forderung heute nicht durchgesetzt werden kann, trägt jeder Schritt der Arbeiter und Angestellten beim Zusammenschluß hinter dieser Forderung Früchte. Jeder solcher Schritt wirft den Kapitalisten nämlich Prügel zwischen die Füße beim Versuch, zusätzlich zum Einarbeiten noch Überstunden zu verlangen. Darum: Schluß mit dem Einarbeiten nicht erst am 16. Dezember, sondern am 2. Dezember!

Z[illegible] Kapsch/Wi[illegible]

Neuerliche schwere Vertiefung der Krise steht bevor

In unserer Gründungsresolution vom August 1976 haben wir festgehalten: *„Die Krise des Imperialismus in der Welt und in Österreich hat 1974 und 1975 besondere Schärfe gewonnen durch das Zusammenfallen einer äußerst raschen Beschleunigung des Vormarsches der Dritten Welt und der damit verbundenen Einengung des Spielraums und Schwächung des Imperialismus auf der einen Seite und der schwersten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit auf der anderen Seite. Der Imperialismus hat sich bis heute nicht aus dieser Krise erholt und hat auch keine guten Aussichten in dieser Richtung. Seine politische Krise vertieft sich weiter rasch und er hat weitereentscheidende Niederlagen in Aussicht wie z.B. im Südlichen Afrika. Vor diesem Hintergrund, angesichts der anhaltenden und durch die bisherige Kapitalvernichtung nicht gelösten Widerspruchs zwischen der vorhandenen Produktionskapazität und der beschränkten Konsumtionskraft der Massen und angesichts der Zerrüttung der kapitalistischen Wirtschaft ist heute ein einigermaßen dauerhafter, tiefgreifender und allgemeiner Aufschwung der kapitalistischen Produktion unmöglich. Phasen der relativen Stabilisierung sind möglich, aber sie sind nur zeitweilig, erfassen jeweils nur einen Teil der Produktion und der entwickelten kapitalistischen Länder und tragen in sich den Keim eines noch tieferen Absinkens in die Krise."*

Die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft seither hat diese Aussagen voll bestätigt:

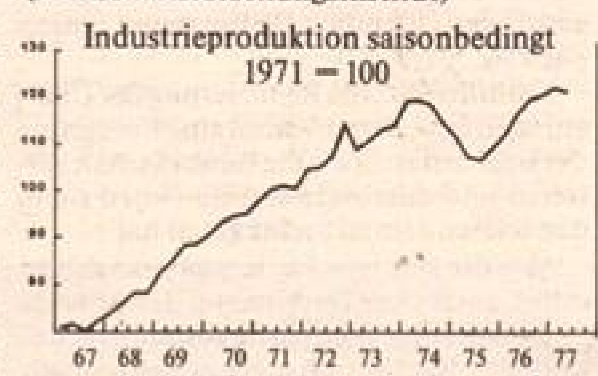
* *„der Aufschwung ist nur vorübergehend und einen Teil der Länder erfassend":*

In der Tat kann man in mehreren Ländern überhaupt nicht von einem „Aufschwung" reden, so war in England das Bruttonationalprodukt im Jahre 1976 noch immer niedriger als das von 1973. Aber auch in den Ländern, in denen sich das Bruttonationalprodukt über das Niveau von vor der Krise 74 - 75 erhob, verstärken sich heute die Anzeichen einer Tendenzwende. So schreibt das Wirtschaftsforschungsinstitut: *„In den Vereinigten Staaten, wo im Winter und Frühjahr noch ein zügiger Aufschwung im Gang war, hat sich die Dynamik abgeschwächt, und die vorausschauenden Indikatoren verheißen keine weitere Belebung ... die Hoffnungen auf ein Wiedereinsetzen konjunktureller Auftriebskräfte in der BRD (haben sich) bisher nicht erfüllt, (ja es bestehen) sogar geringere Aussichten darauf. Die meisten übrigen Länder Westeuropas kämpfen mit erheblichen außen- und binnenwirtschaftlichen Ungleichgewichten .."*

* *Der Aufschwung ist nicht tiefgreifend und dauerhaft, er erfaßt nur einen Teil der Produktionszweige.*

Diese Einschätzung bestätigt sich in Österreich ebenso wie in den anderen kapitalistischen Ländern. Anzeichen eines tiefgehenden Aufschwunges ist ein Ansteigen der Industrieproduktion in allen Branchen über einen Zeitraum von mehreren Jahren. Die österreichische Industrieproduktion war 1976 nach dem Einbruch von 1975 noch immer geringer als im besten Jahr vor der Krise, 1974, gemessen am Index 118,5 gegenüber 118,8 (1971=100). In den ersten 3 Monaten 77 stieg die Industrieproduktion zum ersten Mal über das Niveau von 1974, aber dieser Anstieg hat sich danach sehr schnell verflacht. War die Industrieproduktion von Jänner bis März noch 8.5% über dem Wert in der gleichen Periode des Vorjahres, so betrug der Anstieg im 2. Jahresviertel nur noch 4,5%. Damit war die Industrieproduktion in diesem Zeitraum (wenn man die langjährigen Erfahrungen im Vergleich von Winter- und Frühlingproduktion berücksichtigt) überhaupt nicht mehr höher als von Jänner bis März. Der kurze Anstieg über den 1974 erreichten Wert ist schon zu Ende. (Siehe Graphik).

Dementsprechend schaut es mit der Auslastung der Produktionsanlagen aus. Die sind *„im Durchschnitt nicht besser ausgelastet als in der Rezession 1975"* (Wirtschaftsforschungsinstitut)



Gleichzeitig wird in nicht wenigen Branchen auch jetzt noch weniger als 1974 produziert, in manchen sogar weniger als 1971. Besonders betroffen sind die Bergwerksindustrie und der Hüttenbereich der Stahlindustrie. Schließungen von Bergwerken stehen deshalb seit Jahren auf der Tagesordnung. Gießereien werden geschlossen, wie die von Waagner Biro und 15 000 Arbeiter der VÖESt sind von Kurzarbeit bedroht.

Vergleich der Industrieproduktion von 1974 mit der Industrieproduktion pro Tag März bis Mai 1977 (Branchen, die weniger produzieren)

	1974	1977
Bergwerke	103	91
Magnesitindustrie	109	68
Erdölindustrie	103	93
Eisenhütten	116	113
Glasindustrie	116	108
Papierverarbeitung	119	116
Tabak	107	106
Bekleidungsindustrie	116	113
Gießereiindustrie	101	95

Die Ursache der Krise liegt in der Überproduktion

Die Anarchie der gesellschaftlichen Produktion in der kapitalistischen Gesellschaft zwingt die Kapitalisten einerseits dazu, immer bessere Maschinen anzuwenden, ihre Produktionsbereiche zu erweitern, gleichzeitig den Arbeitern aber so wenig als irgendmöglich zu zahlen.

Während sich die Produktion ins Ungeheuerliche ausdehnt, Stahlfabrik neben Stahlfabrik, Textilfabrik neben Textilfabrik, Autofabrik neben Autofabrik entsteht – Engels schreibt, daß die *„Ausdehnungskraft der großen Industrie"* so enorm ist, daß dagegen *„diejenigen der Gase ein wahres Kinderspiel ist"* – bleibt gleichzeitig die Konsumtionskraft der Gesellschaft beschränkt. Die Konsumtionskraft ist nicht bestimmt durch die Bedürfnisse der Menschen, *„sondern durch die Konsumtionskraft auf Basis antagonistischer Distributionsverhältnisse* (= unlösbar widersprüchlicher Verteilungsverhältnisse, Red.) *welche die Konsumtion der großen Masse der Gesellschaft auf ein nur innerhalb mehr oder minder enger Grenzen veränderliches Minimum reduziert"* (Marx, Kapital Band 3).

Auf Grundlage dieses Widerspruches, nämlich: *„Die Arbeiter als Käufer sind wichtig für den Markt. Aber als Verkäufer ihrer Ware - der Arbeitskraft - hat die kapitalistische Gesellschaft die Tendenz, sie auf das Minimum des Preises zu beschränken"* (Marx) kommt es notwendigerweise zu Überproduktionskrisen. Der Warenmarkt ist verstopft, die Waren können nicht verkauft werden und deshalb kann der in ihnen steckende Mehrwert nicht mehr realisiert werden. Kriege und Krisen sind die Methode, mit denen der imperialistische Kapitalismus diesen Widerspruch „löst". In ihnen wird genügend Kapital vernichtet, um eine neuerliche Ausdehnung der Produktion zu gestatten.

In unserem Programm heißt es, daß sich der Imperialismus *„seine gelegentlichen ökonomischen Aufschwünge erkauft ..durch ungeheure Kapitalvernichtung in Kriegen und Krisen"*. In größerem Zusammenhang gesehen, ist der Aufschwung des Kapitalismus in Westeuropa nach 1960 nichts anderes als einer der gelegentlichen Aufschwünge, der spätestens mit der schweren Krise 1974, 75 ein jähes Ende nahm.

Die Krise verschärft sich

In einer ersten Einschätzung der Krise von 74/75, hatte der KB Wien, eine unserer Vorläuferorganisationen, die zusätzlichen Faktoren untersucht. die die aktuelle Krise vertiefen und verlängern:

1.) Die Krise trifft zum ersten Male nach dem zweiten Weltkrieg alle kapitalistischen Länder gleichzeitig. Das hat sich seit 74/75 nicht geändert. Den Kapitalistenklassen der verschiedenen Länder ist es nicht möglich, in ein anderes Land mit Hochkonjunktur auszuweichen. Zwar versuchen alle Kapitalisten, den Warenexport anzukurbeln, um Ersatz für den geringer werdenden Absatz im Inneren des jeweiligen Landes finden zu können, aber das können nur die Länder machen, die ökonomisch am mächtigsten sind, die fortgeschrittensten Produktionstechniken beherrschen und ihre Arbeiter am besten ausbeuten. Die kleineren und schwächeren kapitalistischen Länder können da nicht mitziehen. Während daher die österreichischen Kapitalisten Marktanteile im Ausland einbüßen, weil in allen Ländern sich die Konjunktur und damit die Nachfrage verschlechtert, dringen gleichzeitig ihre ausländischen Konkurrenten in Österreich ein. Nehmen daher die Exporte der österreichischen Kapitalisten im Juli real nur mehr um 3% im Vergleich zum Vorjahr zu, so die Importe um real 12%.

Die Gleichzeitigkeit der Krise besteht also nach wie vor und wirkt sich für die kapitalistische Wirtschaft in Österreich derzeit sogar besonders scharf aus." 1975 konnte nämlich die österreichische Bourgeoisie teilweise in den Ostblock und in die Länder der 3. Welt ausweichen, wobei ihr die „Neutralität" gewisse Dienste leistete. Jetzt aber stagniert der Osthandel, denn der Ostblock ist total verschuldet und möchte selber den Export steigern. Die Konkurrenz um diesen Markt zwischen den westlichen kapitalistischen Mächten wird immer schärfer. Aber auch die Steigerung der Exporte in die Länder der 3. Welt ist nicht mehr im selben Umfang wie früher möglich. Stiegen die Exporte 76 in die OPEC-Länder noch um 65%, so waren es im 1. Quartal nur mehr 22% und im zweiten 13%.

2.) Die schonungslose Ausplünderung der Länder der 3. Welt selbst. Die mit der Industrieproduktion sinkende Nachfrage nach Rohstoffen aus der 3. Welt wurde zum Druck auf die Preise ausgenützt, während die Monopolpreise für Industrieprodukte weiter ansteigen; so wachsen die Handelsbilanzdefizite vieler Länder der dritten Welt an, und wenn sie nicht durch Kreditaufnahme ihre Abhängigkeit vom Imperialismus weiter erhöhen wollen, sind sie zur Reduzierung der Importe gezwungen (z.B. OPEC-Länder). Auch diese Erscheinung tritt jetzt ebenso wie 1975 auf. Nachdem die Rohstoffpreise 75/76 kurzfristig in die Höhe gingen, sinken sie jetzt schon wieder stark ab. *„Die Preiseinbußen"*, schreibt das Wirtschaftsforschungsinstitut, *„hängen vor allem damit zusammen, daß die schwache internationale Konjunktur die Nachfrage nach Rohstoffen kaum anregt.."* Allerdings bewirkt die „schwache Konjunktur" keinerlei „Preiseinbußen" bei den von den imperialistischen Monopolen gefertigten Industrieprodukten. Die Schere zwischen den Preisen von Industriegütern und Rohstoffen nimmt wieder zu und wird die neuerliche Verschärfung der Krise beschleunigen.

3.) Der wichtigste und entscheidenste Faktor ist der beschleunigte Vormarsch der 3. Welt. Dieser Vormarsch engt aber nicht nur den politischen Spielraum der Imperialisten ein. Dadurch, daß mehr und mehr Länder aus dem kapitalistischen Weltmarkt ausbrechen oder zumindest Hindernisse gegen die ungehinderte Ausbeutung und Ausplünderung errichten, verengt sich der Weltmarkt absolut. Wir haben aber gesehen, daß der Widerspruch zwischen Expansionskraft des Kapitals und der wesentlich langsameren Ausdehnung der Märkte, notwendig zur Krise führen muß. Jede Einschränkung des Weltmarktes kann diese Tendenz aber nur verstärken.

Die drohende Niederlage, vor der der Imperialismus im Südlichen Afrika steht, die Erfolge beim Aufbau einer selbständigen Wirtschaft in Vietnam, Laos und die Erfole beim sozialistischen Aufbau in Kambodscha, sie alle verschärfen die kapitalistische Krise weiter.

Nachdem das Bruttonationalprodukt Österreichs im Jahre 1976 um 8.9% zunahm, wird der Zuwachs heuer auf 4% geschätzt. Für nächstes Jahr werden 1 1/2% und stagnierende Industrieproduktion vorhergesagt. Diese Vorhersagen gehen von der Annahme aus, daß das Wirtschaftswachstum der westeuropäischen Länder im Schnitt genauso groß wie heuer ist, nämlich 2-2 1/2 %. Vieles ist in diesen Annahmen auf Sand gebaut, vor allem sehen diese Herren nicht, was die eigentliche Ursache dafür ist, daß die Krise nicht nur nicht aufhört, sondern sich verschärfen wird: Es wurde noch nicht genug Kapital vernichtet, obwohl sich die Konkurse vervielfacht haben, obwohl Millionen Menschen arbeitslos sind, die Krise hat noch nicht voll gewütet, sie muß sich erst noch Bahn schaffen.

Die Arbeiterklasse aber kann an dieser Entwicklung erkennen, daß zwei Schritte notwendig sind: einerseits die Auswirkungen der Krise auf ihr Lebensniveau und ihre Kampfkraft zu bekämpfen - und andererseits die Revolution durchzuführen, die die kapitalistischen Verhältnisse selber und damit die Ursache für Ausbeutung, Krisen und Kriege beseitigt.

Plattformdiskussion in der Gruppe Querschläger:

Der Entwurf der FÖJ-Mitglieder taugt nichts für die antimilitari stische Arbeit

Vier Nummern der Zeitung „Querschläger" sind nun bereits erschienen und das Erscheinen der fünften Nummer steht knapp bevor. Die Gruppe Querschläger, die diese Zeitung herausgibt, setzt sich aus einer Reihe junger, antimilitaristischer Menschen, vor allem aktiver Soldaten und Reservisten zusammen. Aus einem losen Zusammenschluß von Antimilitaristen ist eine feste Gruppe, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, organisiert am Zusammenschluß der Soldaten gegen die bürgerliche Armee zu arbeiten, geworden. In diesem Sinne wird nun über den „Querschläger" seit der letzten Ausgabe eine öffentliche Debatte über die notwendige künftige Plattform der Gruppe geführt und sind für eine solche Plattform bereits zwei Vorschläge eingebracht worden, die beide im letzten „Querschläger" veröffentlicht wurden. Der erste Entwurf wurde von Mitgliedern des KB in der Querschlägergruppe eingebracht und im Klassenkampf bereits in Nr. 15/77 abgedruckt. Der andere Vorschlag wurde von FÖJ-Mitgliedern der Gruppe Querschläger vorgeschlagen und mit ihm beschäftigt sich unser Artikel.

Was für einen Charakter soll die Plattform haben?

Was eine klare Plattform für den breitesten Zusammenschluß aller antimilitaristischen Soldaten und anderer Menschen sein soll, entpuppt sich beim Vorschlag der FÖJ-ler als konfuses programmatisches Bekenntnis seiner Verfasser zu allen möglichen politischen Fragen, die ihnen am Herzen liegen.

Der allgemeine Teil, der gut vier Fünftel des Entwurfes einnimmt, strotzt nur so von radikal klingenden Worten.

Da ist von der „Auseinandersetzung zwischen Bourgeoisie und Proletariat", vom „System der Ausbeutung und Unterdrükkung", von der "bewaffneten Auseinandersetzung um die Staatsmacht", von der „Zerschlagung des Staatsapparates" und von den „Aufgaben der Revolutionäre" die Rede.

Wir Kommunisten sind natürlich sehr wohl der Meinung, daß das kapitalistische Ausbeutersystem beseitigt werden muß und zu diesem Zweck das Proletariat als allerersten Schritt den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen wird müssen, was solange die Bourgeoisie zum Schutz ihrer Herrschaft über besondere bewaffnete Formationen verfügt, zweifellos nur bewaffnet erfolgreich durchgeführt werden kann.

In einem Dokument, das heute die Grundlage für den Zusammenschluß breiter Teile der Soldaten und des restlichen Volkes bilden soll, sind solche Festlegungen jedoch mehr als fehl am Platz. Sie würden bedeuten, daß jeder Mensch, der heute noch nicht für die soziale Befreiung der Arbeiterklasse und des Volkes vom Joch der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung eintritt von der organisierten antimilitaristischen Arbeit ausgeschlossen werden soll. Das ist natürlich genau das Gegenteil von dem, was wir brauchen. Der KB Österreichs ist der Meinung, und dementsprechend haben seine Mitglieder in der „Querschläger"-Gruppe einen Entwurf eingebracht: Der allgemeine Teil der Plattform muß eine knappe und präzise Darstellung der Lage der österreichischen Wehrpflichtigen im Bundesheer, des Charakters und Zweckes der Armee sowie die Ziele der Gruppe Querschläger enthalten. Diese Darstellung muß eine Kampfansage an das bürgerliche Heer und an das militaristische Kasernensystem, auf dem es beruht, sein. Sie muß für alle Soldaten und anderen militaristisch interessierten Menschen verständlich sein und von ihrem Inhalt her auf militärische Fragen begrenzt und frei von allen darüber hinausgehenden politischen Fragen.

Was ist das Ziel der antimilitaristischen Arbeit?

Die Kapitalistenklasse hat in unserer Gesellschaft alle bestehenden Waffen in ihren Händen konzentriert. Sie hat guten Grund dazu. Ihre bewaffneten Formationen, wie Polizei, Gendarmerie und Bundesheer sind es letztendlich, auf die sich ihre Herrschaft stützt. Worauf sollte sich eine Herrschaft, die für die Arbeiterklasse und die Volksmassen Ausbeutung und Unterdrükkung bedeutet, auch sonst stützen können, als auf die bewaffnete Gewalt?

So steht die Arbeiterklasse im Kampf um ihre und der Volksmassen soziale Befreiung einem bis an die Zähne bewaffneten Gegner gegenüber.

Solange das so ist, wird der Sturm der Arbeiterklasse auf die Festung des bürgerlichen Staates in seinem letzten und schärfsten Stadium in militärischer Form erfolgen müssen und so ist der militärische Kampf ein untrennbarer Teil des Klassenkampfs. Die Arbeiterklasse, die heute ihre Kräfte für den Sturmangriff auf die Fundamente der Herrschaft der Bourgeoisie sammelt, muß sich schon heute auch auf den militärischen Kampf vorbereiten. In den konkreten Schritten der Vorbereitung der Bewaffnung der Arbeiterklasse und der Entwaffnung der Bourgeoisie, darin liegt das Ziel der antimilitaristischen Arbeit.

Was haben die Verfasser des FÖJ-Entwurfes dazu zu sagen? Da ist es nützlich, sich die radikalen Worte der Verfasser, von denen vorhin gesprochen wurde, noch einmal anzusehen:

Der Klassenkampf führt „in seiner letzten Kons equenz unvermeidlich zu bewaffneten Auseinandersetzung um die Staatsmacht", heißt es eingangs. Wenn eine Aussage diesen Inhaltes in der Plattform der Querschlägergruppe auch nichts verloren hat, so läßt sich doch immerhin gegen ihren Inhalt vorerst nichts einwenden.

Was folgt aber für die Verfasser daraus? - „Die potentiell entscheidende Rolle der Armee im Klassenkampf". Wer nun etwa glaubt, die „potentiell entscheidende Rolle der Armee" sei Grund genug dafür, sich für die Notwendigkeit der Bewaffnung der Arbeiterklasse zu entscheiden, der hat die Verfasser gründlich falsch verstanden. Wohl schlagen sie noch vor, „das Aufstellen von Arbeitermilizen zu propagieren und deren Organisation in Angriff zu nehmen", komman aber im nächsten Satz zu der im Grunde genommen traurigen Feststellung, daß „auch gut organisierte Arbeitermilizen gegen eine hochtechnisierte Armee keine reale Chance haben."

„Zum entscheidenden Kriterium der Revolution" sagen die Verfasser daher, wird „die Funktionsfähigkeit der Armee" un- zufahren, daß folglich "die Armee als Waffe des Kapitals" „stumpf" gemacht werden muß.

Sich in der Praxis von diesen Erwägungen leiten lassen, heißt von der Militärfrage nur insoweit Notiz nehmen, als es nötig ist, zu verhüten, daß der Staat sein Militär gegen die Revolution einsetzt, heißt natürlich die militärische Vorbereitung der Arbeiter klasse auf die Revolution auf nach die Revolution zu verschieben und heißt die Revolution in die Niederlage führen.

Antimilitaristische Arbeit heißt darum heute nichts anderes, als klassenmäßige Zersetzung der bürgerlichen Armee bis hin zu ihrem offenen Zerfall und dem Überlaufen der Soldatenmassen auf die Seite der Revolution und entschiedene Agitation und Propaganda für das Erlernen und Üben des Waffenhandwerkes durch das Proletariat und das ganze Volk und für das Recht auf die Bildung freier Vereinigungen zur Erlernung des Waffenhandwerkes.

Darum muß die Querschlägerplattform auf die Allgemeine Volksbewaffnung, die Bildung von Volksmilizen und den Übergang der Waffen-und Kommandogewalt über sie direkt in die Hände des Volkes abzielen.

Welche konkreten Forderungen sollen erhoben werden?

Entscheidend für die klassenmäßige Zersetzung der bürgerlichen Armee ist die Zuspitzung des Klassenwiderspruches in ihr, das Hineintragen des Klassenkampfes in allen einzelnen Fragen, die umfassende Führung des Klassenkampfes in der Armee unter revolutionärer Perspektive.

Dem steht heute viel im Wege. Die Wehrpflichtigen und anderen einfachen Soldaten des Bundesheeres sind heute durch das militaristische Kasernensystem vom Volk abgespalten und einer maßlosen besonderen Entrechtung und Unterdrückung ausgesetzt. Der Kampf an allen Fronten gegen das militaristische Kasernensystem ist es, von dem die Bedingungen für die Zersetzung der Armee abhängen und die Sprengung des militaristischen Kasernensystems bedeutet die Zersetzung der Armee schlechthin. Von diesen Gesichtspunkten muß man sich leiten lassen, wenn man heute ein konkretes Soldatenforderungsprogramm für die Gruppe Querschläger aufstellt.

Nicht so die Verfasser des FÖJ-Vorschlages. Ihnen geht es ja auch vor allem nur um die Störung der Funktionsfähigkeit des Heeres, um etwa „die Durchführung eines Militärputsches oder anderer konterrevolutionärer Einsätze" zu verhindern. Bei der Aufstellung von Forderungen, die sich mehr oder weniger gegen das militaristische Kasernensystem richten, kommen sie in einen entsprechenden Gewissenskonflikt, denn „der Verlust der relativen Freiheiten des Zivillebens" führt ja ohnehin „zu einer ausgesprochenen Wehrunlust", womit gerade der Militarismus selbst es ist, der die antimilitaristischen Ziele der Verfasser verwirklicht. Dementsprechend halbherzig sind im Entwurf der FÖJ-ler auch alle konkreten Forderungen, die die Lage der Soldaten im Bundesheer betreffen begründet:

Es geht um „im wesentlichen demokratische Forderungen", die „lediglich gewöhnliche bürgerlich-demokratische Strukturen aus anderen Bereichen auf die Armee übertragen". Während die Verfasser hier jeden Gedanken an den praktischen Zusammenschluß der Soldaten im Kampf gegen den Militarismus ängstlich meiden, kommen sie gleichzeitig in bedenkliche Nähe, von Leuten, die gerne und viel von „Demokratisierung des Bundesheeres" reden und damit nichts anderes meinen, als die weitere Verbesserung der Armee für die herrschende Klasse.

Was die Forderungen selbst betrifft, so sind sie zum überwältigenden Großteil vom Forderungsprogramm des Entwurfes der KB-Mitglieder der Querschlägergruppe nahezu wörtlich abgeschrieben und dort, wo das nicht so ist, wirkt sich das traurig genug aus: so etwa dort, wo die Frage des Rechtes auf Ablehnung bestimmter Vorgesetzter auf einen Zeitpunkt des „Höhepunktes der Mobilisierung in- und außerhalb der Armee" verlegt wird und die „Wahl der Vorgesetzten" sogar erst noch später erfolgen soll, oder dort, wo in der Forderung „Reduzierung der Wehrdienstzeit auf die Ausbildung" es der Bourgeoisie überlassen bleiben soll, wie lange sie die Grundwehrdiener ausbilden will.

Gefährliche Auffassungen über die Sowjetunion und die Kriegsgefahr

Zu verschiedenen aktuellen internationalen Fragen verbreitet der Entwurf der FÖJ-ler geradezu gefährliche Haltungen.

So etwa zur Frage der drohenden Kriegsgefahr, wo zwar festgehalten wird, daß „die Gefahr innerimperialistischer Kriege" „tendenziell" "wieder in den Gesichtskreis" „rückt", um dem jedoch sofort entgegenzuhalten, daß die Kriegsgefahr nicht so groß sei, da sich „der Imperialismus einer immer größer werdenden Zahl sozialistischer Länder gegenübersieht".

Die Verfasser äußern sich in ihrem Entwurf nicht darüber, was sie unter den „sozialistischen Ländern" verstehen, doch scheint es offensichtlich, daß für sie die Weltlage nicht darin besteht, daß sich heute zwei bis an die Zähne bewaffnete imperialistische Blöcke, geführt von den Supermächten USA und UdSSR, gegenüberstehen und fieberhaft für einen neuen Weltkrieg rüsten, sondern eher darin, daß sich die US-Imperialisten heute nicht trauen, einen Krieg vom Zaun zu brechen, weil ihnen „die sozialistischen Länder" geführt von der „sozialistischen" Sowjetunion gegenüberstehen, die mit allen Mitteln den Frieden verteidigen.

Angesichts einer solchen Einschätzung ist es nicht verwunderlich, daß die Verfasser zu den Kriegsvorbereitungen der österreichischen Bourgeoisie nichts zu sagen haben. Wohl erheben sie die Forderung „Schluß mit der militärischen Zusammenarbeit mit der NATO!", doch fehlt für diese Forderung jede weitere Begründung, so daß sie in dieser Form auch durchaus in der revisionistischen „Volksstimme" stehen könnte, die gerade in der Frage der drohenden Kriegsgefahr nichts unversucht läßt, um die tatsächliche Situation zu verschleiern und Agentendienste für die sowjetischen Sozialimperialisten leistet.

Der Entwurf der FÖJ-ler ist keine Grundlage für die antimilitaristische Arbeit

Kurz zusammengefaßt, können wir feststellen, daß der Entwurf der FÖJ-ler für eine Querschläger-Plattform nichts taugt. Er schießt von seinem Charakter her weit über sein Ziel hinaus, vertuscht in seinem allgemeinen Teil die Linie des antimilitaristischen Kampfes um die Volksbewaffnung mit der bürgerlichen Linie der "Uneinsetzbarmachung des bürgerlichen Heeres", geht in seinem konkreten Teil nicht vom praktischen Zusammenschluß der Soldaten im Kampf zur Sprengung des Militarismus sondern von reformistischen Demokratisierungsbestrebungen des Bundesheeres aus und will eine grundfalsche Einschätzung der Weltlage allen antimilitaristischen Aktivisten auf dem Weg der Plattform um den Hals hängen.

Wie soll es weitergehen?

In langen Debatten der Gruppe Querschläger sind bereits die beiden Entwürfe untersucht worden. Dabei, aber auch bei einigen Fragen der praktischen Arbeit, haben sich die Mängel des Entwurfs der FÖJ-ler gezeigt und sich gleichzeitig der Entwurf der KB-Genossen als brauchbar erwiesen. Selbst die Verfasser des FÖJ-Vorschlags sind bereits in etlichen Punkte von ihrem Entwurf abgerückt.

Im November soll die Plattformdebatte abgeschlossen werden, um noch in diesem Jahr eine systematische und breite Soldatenarbeit auf einheitlicher Grundlage aufnehmen zu können.

Die Gesamtschule: Ein weiterer reaktionärer Vorstoß der SP-Regierung

Kürzlich hat Unterrichtsminister Fred Sinowatz die sogenannte Gesamtschule als „Schule der Zukunft" bezeichnet. Die Sache hat viel Staub aufgewirbelt in den Zeitungen. Taus hat der SPÖ vorgeworfen, sie betreibe mit Hilfe der Schulen „Gesellschaftspolitik", ihre Gesamtschulpläne stünden im Zeichen der „Re-Ideologisierung der SPÖ zum Marxismus". Solches der SPÖ vorzuwerfen, ist nun freilich etwas stark, und sie hat das – zu Recht – entschieden zurückgewiesen. Auf schwerwiegende Differenzen gehen allerdings die Wortgefechte der letzten Wochen nicht zurück.

So schreibt die „Presse" vom 25. 8.: „Auf keinen anderen innenpolitischen Konflikt der letzten Zeit trifft die Qualifizierung „Streit um des Kaisers Bart" so zu wie auf die nun ausgebrochene Auseinandersetzung um die Gesamtschule.... Man streitet sich hierzulande also wieder einmal um die Hülle und negiert den Inhalt." Tatsächlich ist der Gedanke der integrierten Gesamtschule (IGS) ja keine große Neuheit. Die SP forderte sie bereits in ihrem Schulprogramm 1969 und die Einführung der Schulversuche, auf deren Basis derzeit ca. 100 Gesamtschulen in Österreich betrieben werden, wurde von SPÖ und ÖVP gemeinsam beschlossen, weil sie den Interessen der Kapitalistenklasse entsprach.

In der Arbeiterklasse und im Volk herrscht eine große Unzufriedenheit über das Volksbildungswesen, das sich in den Händen des bürgerlichen Staates befindet und einzig und allein im Interesse der Bourgeoisie arbeitet. Die Unzufriedenheit kommt deutlich zum Ausdruck z.B. in der OGJ, die in der „Aktion 75" unter dem Druck großer Teile der Arbeiterjugend u.a. einen zweiten Berufsschultag und Bildungsmaßnahmen für Jugendliche ohne Berufsausbildung forderte. Auch die älteren Arbeiter sind an einer weitergehenden Ausbildung der Arbeiterjugend interessiert. Das kommt häufig im Wunsch, daß die Kinder „was Gescheiteres lernen sollen", als man selber gelernt hat, zum Ausdruck.

Diese Unzufriedenheit hat zwei Wurzeln: Erstens vermittelt das Volksbildungswesen dem größten Teil der Jugend nur die Art und Menge von Kenntnissen und Fähigkeiten, die gerade noch nötig sind, damit die Maschinen der kapitalistischen Ausbeuter betrieben werden können – so wird schon in der Schule für den größten Teil der Jugend der Grundstein für ihre spätere Rolle als Ausbeutungsobjekt und Anhängsel der Maschinen gelegt.

Zweitens ist das Volksbildungswesen in den Händen des bürgerlichen Staates ein Unterdrückungsinstrument. Es dient zur Fesselung der Kinder der Arbeiterklasse von ihrer frühesten Jugend an an Kapitalismus und bürgerlichen Staat.

Ist schon ständige Unterdrückung der Schüler nötig, um überhaupt den bürgerlichen Schulbetrieb aufrechzuerhalten, so geht die Kontrolle und Schikanierung bis weit in die privaten Angelegenheiten der Schüler und ihrer Eltern.

Die Bourgeoisie kann dieser Unzufriedenheit, die schon so alt ist wie der Kapitalismus selbst, nicht den Boden entziehen. zwar muß sie – um aus der Ausbeutung der österreichischen Arbeiterklasse Profit ziehen zu können – dafür sorgen, daß den Arbeitern alle für die Produktion nötigen Kenntnisse beigebracht werden. Aber sie muß gleichzeitig auf der Hut davor sein, daß steigende Kenntnisse dazu beitragen, daß die Arbeiter erkennen, daß sie die Schöpfer allen Reichtums sind und die kapitalistischen Ausbeuter davonjagen. In den Grenzen dieses Widerspruchs gefangen, taumelt die Bourgeoisie von der einen Seite zur anderen, den Widerspruch lösen, das kann sie jedoch nicht.

Je weiter das kapitalistische System seinem Untergang entgegengeht, umso mehr tritt seine Verfaultheit auch auf der Ebene des Bildungswesens zutage. Während die Produktion, die heute nur durch das Zusammenwirken der gesamten Gesellschaft vor sich gehen kann, immer mehr neue, ungeahnte Möglichkeiten erschließt und immer umfassender ausgebildete Arbeitskräfte verlangt, verdammt heute die kapitalistische Arbeitsteilung die große Masse der Lohnabhängigen zu bloßen Handlangern und Anhängseln der Maschine. Gemessen an den jeweils zur Beherrschung der Produktion nötigen Kenntnissen sinkt der Bildungsgrad der Arbeiterklasse im Kapitalismus ständig ab. So zwingt das kapitalistische Ausbeutungssystem unschätzbare Schöpferkräfte zum Brachliegen.

Um die kapitalistische Ausbeuterordnung zu beseitigen, muß die Arbeiterklasse die Macht der Bourgeoisie brechen. Auf dem Weg dorthin ist es heute schon nötig, sich all die Kenntnisse anzueignen, die man braucht, um sich in alle gesellschaftlichen Fragen einmischen zu können und um letztlich selbst das Kommando über die gesellschaftliche Produktion zu führen.

Die Forderung nach einer polytechnischen Einheitsschule für alle Kinder beiderlei Geschlechts, die der Herrschaft des bürgerlichen Staates entrissen ist und dem Ziel der theoretischen und praktischen Vermittlung der Grundlagen der Hauptzweige der Produktion dient, wie sie auch der Kommunistische Bund Österreichs in seinem Programm erhebt, ist daher auch schon so alt wie die Arbeiterbewegung selbst.

Wenn heute die SPÖ von der Einführung der integrierten Gesamtschule spricht, so knüpft sie damit an den Wünschen und forderungen der Massen an. Wie sehr jedoch die Ziele, die sie dabei verfolgt, von den Wünschen und Forderungen der Massen verschieden sind, zeigt eine Darstellung ihres Gesamtschulkonzeptes.

Ihre Spitzenpolitiker behaupten, daß die Gesamtschule den Forderungen der Arbeiterbewegung nach der Einheitsschule und der Beseitigung der Kontrolle der Reaktion über die Ausbildung entgegenkommt.

Stärkere Unterwerfung der Schüler unter die Schulbürokratie

Die Integrierte Gesamtschule, wie sie das SP-Schulprogramm vorsieht, ist die Zusammenfassung aller 10- bis 14-Jährigen (mit Ausnahme der Sonderschüler) in einer Schule, also faktisch die Zusammenlegung der Hauptschule mit der AHS-Unterstufe. Es gibt keine durchgehende Gliederung in Hauptschul-A-Zug, Hauptschul-B-Zug und AHS-Unterstufe, sondern alle Schüler werden in den Hauptgegenständen in drei Leistungsgruppen aufgeteilt, in den restlichen Gegenständen werden sie in zwei „Basisgruppen" unterrichtet.

Schon die Schulversuche zeigen: Bei der Verschärfung der Konkurrenz unter den Schülern, beim Ausbau des Systems von „Zuckerbrot und Peitsche" hat sich das System der „Leistungsgruppen", wie es im Gesamtschulkonzept vorgesehen ist, bestens bewährt. Das Zuckerbrot ist dabei die Möglichkeit zum Aufsteigen in eine höhere Leistungsgruppe, die Peitsche die Drohung mit dem Absteigen.

Im jetzigen Schulsystem ist die Einstufung zu Beginn der 5. Schulstufe relativ endültig (mit Ausnahme der AHS-Unterstufe, aus der die Kinder massenhaft in die Hauptschule rückversetzt werden). Wer im B-Zug sitzt, bleibt im B-Zug, und auch im A-Zug ist die Drohung „wenn ihr nicht spurt, kommt ihr in den B-Zug", nicht allzu wirksam, weil undurchführbar. Demgegenüber ist bei der Integrierten Gesamtschule ein breiter Wechsel zwischen den einzelnen Leistungsgruppen möglich und findet auch statt. Dadurch wird nach dem Motto „Jeder gegen jeden, der bürgerliche Staat gegen alle", die Konkurrenz und Spaltung unter den Schülern verschärft: Steigt Schüler A beispielsweise in Mathematik aus der Leistungsgruppe 3 in die Leistungsgruppe 2 auf, so muß dafür Schüler B oder Schüler C in die Leistungsgruppe 3 absteigen. Die bürgerlichen Politiker können sich gar nicht genug begeistern für dieses System der Spaltung. VP-Abgeodneter Harwalik: „Dieses flexible System erschlägt den Schüler nicht an seiner schwächsten Stelle, sondern setzt seine Entfaltung und Förderung an seiner begabungsreichsten Seite an, ohne natürlich auf ein Leistungsgrundmaß in den anderen Fächern zu verzichten. Das gibt Ermutigungen für die individuellen Lerngeschicke". (Kronenzeitung, 19.6.76). Durch dieses System ist es gelungen, die Repetentenraten in den Gesamtschulen gegenüber der Hauptschule um 50 % abzusenken.

Im Klartext ergibt das: Durch die schrankenlose Ausweitung der Konkurrenz müssen sich die Jugendlichen immer stärker der Herrschaft der Schulbürokratie unterwerfen, ergreift der bürgerliche Staat immer mehr Besitz von den Jugendlichen und dehnt seine Kontrolle immer weiter aus. So will die Bourgeoisie in der politischen Krise des Imperialismus den Verlust an politischem Vertrauen durch verstärkte Unterdrückung wettmachen.

Nicht zuletzt haben die Gesamtschulexperimente in anderen Ländern gezeigt, daß auf längere Sicht erhebliche Einsparungen bei der Bezahlung der Lehrer und bei der Ausschöpfung von deren täglicher Arbeitszeit auftreten. Mittelschullehrer werden nur als Hauptschullehrer bezahlt oder durch solche überhaupt ersetzt.

Diese Art der Rationalisierung im Schulwesen, von der sich die Bourgeoisie einiges erhofft, bedeutet für die breiten Massen weitere Verschlechterung der Ausbildung, weitere Verwandlung der Unterrichtszeit in Abrichtungs- und Drillstunden durch den imperialistischen Staat.

Für die Lehrer selbst bedeutet vor allem die Einführung der Leistungsgruppen effektivere Kontrolle ihrer Tätigkeit durch die Schulaufsicht. D.h. die Schulaufsicht hat bessere und schärfere Mittel in der Hand, die Lehrer zu zwingen, gegenüber den Kindern des Volks als verlängerter Arm des imperialistischen Staates zu wirken.

Vor allem an den Hauptschulen sollen die ersten Änderungen in dieser Richtung vorgenommen werden. In den Schulen, die den weitaus größten Teil der Jugendlichen umfassen, den Teil der Jugendlichen, der unmittelbar vor seiner Eingliederung in das Heer der Ausgebeuteten steht, sollen vorerst die starren Züge abgeschafft und durch die Leistungsgruppen ersetzt werden.

Vorschulerziehung: Polizei – „Freund der Kinder"

Ich möchte kurz berichten, wie bereits in einem Gemeindekindergarten, in einer Vorschulgruppe in der Großfeldsiedlung bürgerliche Ideologie verbreitet und mit Ausflügen unterstützt wird.

Gestern, den 12. Oktober 77, war Elternabend. Das Ziel sollte sein, über pädagogische Fragen gemeinsam mit den Eltern zu diskutieren und sie zu besprechen. Die Wirklichkeit sah aber ganz anders aus: Uns wurde einfach serviert, was mit unseren Kindern alles gemacht wird. Ob wir überhaupt damit einverstanden wären, wurde überhaupt nicht gefragt, nicht einmal Vorschläge oder Verbesserung konnten die Eltern äußern. Wir durften nur zuhören und nicken, und bei blöden Witzen mitlachen, damit die Atmosphäre einer guten Zusammenarbeit mit Elternhaus und Kindergarten gegeben war.

Der Clou kam dann, als uns die Tante über das Programm der Verkehrserziehung berichtete. Ich traute meinen Ohren nicht, als sie damit anfing, daß die Kinder Vertrauen zum Wachmann bekommen sollen und von ihm jederzeit Hilfe erwarten können. Damit die Sache recht anschaulich über die Bühne läuft, verbindet man die Verkehrserziehung gleich mit einem Besuch in einem Wachzimmer. Am Ende dieser Exkursion werden die Kinder dann in einem Einsatzwagen herumkutschiert. Das macht den Kindern ja sooo viel Spaß, erklärte uns die Tante.

Daß die Polizei aber auch auf Arbeiter im Jahr 1934 geschossen hat, dürfte sie schon vergessen haben, obwohl sie diese Jahre miterlebt hat. Auch heute ist die Situation nicht anders, wenn die Arbeiterklasse um ihre Rechte kämpfen und ihre Interessen durchsetzen wird, ist die Polizei jederzeit bereit, gewaltsam die Arbeiter niederzuhalten.

Dies alles verschweigt man bewußt unseren Kindern und stellt die Polizei, die ein Teil des Unterdrückungsapparates der Bourgeoisie ist, als Freund und Helfer der Arbeiterklasse hin. Da die Polizei immer die Interessen der Bourgeoisie verteidigt, gehört auch die Polizei zu unserem Feind.

Das müssen wir heute schon unseren 5jährigen Kindern klarmachen, damit wir klassenbewußte Menschen heranziehen, und sie für den Klassenkampf vorbereiten, denn sie sollen weiter für den Sozialismus kämpfen.

Sektion Großfeldsiedlung/ Verband Kommunistischer Intellektueller

„Die wild drohen sind keineswegs die Sieger"

Nah-Ost-Erklärung der beiden Supermächte / Verschärfte Rivalität um Hegemonie im Nahen Osten

Anfang Oktober haben die USA und Sowjetunion eine gemeinsame Erklärung zum Nahen Osten abgegeben: Die Genfer Nah-Ost-Konferenz soll bis „spätestens Dezember 1977" wieder einberufen werden. Sie wollen sich dafür einsetzen, mit allen Mitteln. Zum Inhalt hat die Erklärung einige Grundsätze der imperialistischen Einflußnahme im Raum, im „Friedensgewand": Beendigung des Kriegszustandes; eine Lösung der legitimen Rechte der Palästinenser (worin sie bestehen soll, darüber soll verhandelt werden); Schaffung normaler, friedlicher Beziehungen zwischen den arabischen Staaten und Israel; Rückzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten. Von der PLO ist kein Wort in der Erklärung. Dafür wird „die Bereitschaft" hervorgehoben, „sowohl die Grenzen im Nahen Osten wie auch die Bedingungen eines Abkommens international zu garantieren". (Neue Zürcher Zeitung, 4. 10.). Falls sie auf diese Art ihre Absichten des verstärkten militärischen Aufmarsches im Nahen Osten nicht gegen die arabischen Völker durchsetzen können, dient ihnen die Erklärung der Friedensabsichten als Rechtfertigung für direkte militärische Aggression.

Kurz darauf haben die USA mit ihrem israelischen Kettenhund ein „Arbeitspapier" zur Genfer Konferenz ausgearbeitet. Kern ist die Negierung des Vertretungsanspruchs der PLO für das gesamte palästinensische Volk; als Basis für Genf werden die beiden Resolutionen 242 und 338 genannt.

Ist jetzt, nach der gemeinsamen Erklärung der beiden Supermächte viel mit Einheit zwischen ihnen? Eine defensive Absicherung ist sie, zu der sie sich nur zusammengerauft haben, um der palästinensischen Revolution und dem fortschreitenden Kampf der arabischen Völker etwas entgegensetzen zu können. Gleichzeitig dient sie jeder Supermacht als Boden im Konkurrenzkampf, um die Weltherrschaft, um die Oberherrschaft im Nahen Osten. Auf der UNO-Generalversammlung haben sie Schläge abbekommen. Israel ist verurteilt worden. Die arabischen Delegationen haben dargelegt, daß sie sich nicht erpressen lassen werden, auch nicht von wilden Kriegsdrohungen. Der syrische Außenminister Khaddam: „die Geschichte hat uns gelehrt, daß die Partei, die wilde Drohungen ausstößt, keineswegs immer der Sieger sein wird."

Ismail Fahmi, Außenminister Ägyptens, hat in seiner Rede gesagt: „Niemand soll daran zweifeln, daß die arabische Nation sich wie ein Mann zusammenschließt, wenn es notwendig ist, und zwar in der Form, die die beste ist, um jedem Angriff, woher er auch komme, zu widerstehen. Der lybische Außenminister hat klargelegt, daß die arabischen Völker ein Herumschachern mit ihren Interessen nicht zulassen werden.

Die gemeinsame Erklärung ist ein gewisser Erfolg der sowjetischen Sozialimperialisten. Freilich nur gegenüber dem Konkurrenten und nicht den Völkern gegenüber. Denn den Erfolg konnten die Sozialimperialisten nur landen, weil die arabischen Völker die letzten konterrevolutionären Absichten der USA, etwa während der Vance-Reise, zurückgewiesen haben. Wenn da der Sozialimperialismus nachsetzt, wird es nicht anders sein können, als daß seine heimtückischen Absichten bloßgelegt werden. Im vollkommenen Verrat an den arabischen Völkern jedenfalls ist er schon weit fortgeschritten. Mit der Erklärung haben sich beide Supermächte gegenseitig das Einmischungsrecht im Nahen Osten zugebilligt; die SU hat klargemacht, daß für sie das Recht der PLO auf Vertretung des gesamten palästinensischen Volkes nur eine Karte im imperialistischen Poker ist, die sie nach Belieben behalten oder austauschen wird.

Die Kairoer Zeitung „Al Ahram" hat festgestellt, daß die SU die PLO von Verhandlungen ausschließen wolle und die arabischen Staaten zur Anerkennung Israels treiben wolle. Auf der anderen Seite schlagen die Sozialimperialisten weiter ihre Brücke zum israelischen Siedlerstaat. Während die arabischen Staaten zur Unterbindung der zionistischen Einwanderung aufgerufen haben, fährt die SU mit ihrem Siedlertransport fort. Vor Monaten ist aufgeflogen, daß die SU unter der Hand Handelsbeziehungen mit Israel aufbaut und unterhält. Es geht ihnen darum, dem US-Imperialismus den alleinigen Zugriff auf den Siedlerstaat streitig zu machen und selbst zu Gläubigern der Zionisten zu werden.

Weiters betreiben die Sozialimperialisten zum Zweck ihres Hegemoniestrebens ideologische Zersetzung und Verwirrung bei den arabischen Völkern. Am 18. Oktober schwätzt die „Iswestia" davon, daß alles Hauptübel die „isrealische Lobby" in den USA sei und mit ihr die „starrsinnigen" Zionisten vom Schlage Begins. Gleiches hört man von der revisionistischen KPÖ bei uns. Es ist die imperialistische Theorie vom Grenzkonflikt, die so an die Stelle der Realität des antiimperialistischen Kampfes der arabischen Völker mit dem palästinensischen an der Spitze, gesetzt wird. Materiell geht es den Sozialimperialisten um den Raub der Reichtümer des Nahen Ostens. In den ersten drei Monaten dieses Jahres ist das Wachstum in der sowjetischen Energieproduktion um die Hälfte gesunken. Den Export nach Westeuropa wollen sie aber steigern, wegen der Verschuldung, wie auch deshalb, weil solche Versorgung Abhängigkeiten schafft. Das ist notwendig für den Sozialimperialismus, zumal der amerikanische Zugriff in Westeuropa stark ist. Einen Kapitalwert von 13,4 Mrd. Dollar haben die USA in der Erdölwirtschaft in Europa.

22% der Direktinvestitionen der USA gehen in die Erdölindustrie.

Der Kampf ums Erdölmonopol unter anderem treibt den Sozialimperialismus zu rücksichtslosen Verbrechen gegenüber den arabischen Völkern. Aber die Völker ziehen die Schranken enger für die Imperialisten. Mitte Oktober mußten die Sozialimperialisten zusehen, wie ihr Kriegsmaterial – bestimmt fürs Horn von Afrika – mehr als eine Woche unverladen vor einem lybischen Hafen lag. Heimlich mußten die Russen das Material dann selbst fliegen.

Die größten Schranken zieht der palästinensische Befreiungskampf. Am 22. 10. meldete 'Zeit im Bild' eine Erklärung des Exekutivkomitees der PLO, in der festgehalten wird, daß die PLO ihr Vertretungsrecht von niemand bescheiden läßt. Das Komitee kündigt eine Kampagne zur Unterstützung dieses Standpunktes, vor allem in der arabischen Welt an. Schon Tage zuvor haben erfolgreiche Gespräche in dieser Sache zwischen Arafat und Sadat stattgefunden. Sowieso fallen nicht in Genf Entscheidungen, sondern im bewaffneten Kampf. Das spricht eine deutliche Sprache. Allein im September haben Kommandos 24 Aktionen im besetzten Palästina durchgeführt.

Red.

1974	Weltförderung in %	Raffinierung in % an Welt	Mineralölverbrauch in % an Welt	Erdölreserven in % an Weltreserven
Nordamerika	20,6	24,3	32,6	6,2
Westeuropa	0,6	27,0	24,8	3,6
RGW und China (davon SU)	19,0 (S)	17,5 (S)	17,8 (S)	15,6 (S) (12,0)
Naher Osten	37,7	4,7	2,7	56,5
Afrika	8,6	1,8	1,9	9,4
Lateinamerika	3,9	11,1	5,8	5,8
Ferner Osten (inkl. Japan)	3,9	13,6	14,4	2,9

(S) = Schätzungen, die Daten über China sind sicher zu klein gegriffen

1973	Gesamte Energiekonsumtion in mill. barrels/Tag (A)	Ölimporte in mill. barrel/Tag	Ölimporte als % von Energieversorgung	Arabisches Öl als % von Energieversorgung
Westeuropa	23,4	15,[illegible]	63	63
USA	35,2	6,[illegible]	17	5
Japan	6,6	[illegible]	85	33

(A) – in Öl-Äquivalent
Quelle: UN-Statistical Papers

Das Öl des Nahen Ostens ist für die beiden Supermächte USA und SU nicht nur Quelle von Superprofiten, sondern hat auch außerordentliche strategische Bedeutung. Mehr als die Hälfte der Welterdölreserven liegen in diesem Raum. 63 % der Energieversorgung Westeuropas kommt aus arabischen Ländern. Die Herrschaft über das Öl des Nahen Ostens ist für jede der beiden Supermächte eine Schlüsselposition für den Kampf um die Beherrschung Europas und der Welt.

Der Befreiungskampf in Südostasien entwickelt sich gut

Burma: Die Kommunistische Partei Burmas hat eine Einheitsfront mit den vom Ne-Win-Regime im Solde des US-Imperialismus unterdrückten nationalen Minderheiten gebildet. Die Bildung dieser Einheitsfront ist möglich geworden im Kampf gegen die Unterdrückung und Niederhaltung der nationalen Minderheiten in Burma durch die Imperialisten und ihre einheimischen Helfer. Von der militärisch gesicherten Basis im Norden des Landes aus haben die Befreiungsstreitkräfte weite Gebiete im Osten des Landes befreit. Heuer operiert die Volksarmee erstmals das ganze Jahr über, auch in der Regenzeit, und ist tief bis ins Landesinnere vorgestoßen.

Thailand: Der Befreiungskampf nimmt seit dem blutigen Putsch vom 6. 10. 1976 einen großartigen Aufschwung. Tausende Arbeiter, Bauern und Studenten haben damals erkannt, daß der Weg der KP Thailands der einzige Weg ist, der zur Befreiung des Landes vom Imperialismus führt. Sie haben sich den Volksstreitkräften angeschlossen.

Während sich die herrschende Clique der Landesverräter in Bangkok selbst zu zerfleischen beginnt, ist es der Kommunistischen Partei gelungen, eine Einheitsfront zu schmieden. Die „Stimme des thailändischen Volkes" berichtet, daß Vertreter der KP, der SP und anderer politischer Organisationen, ein „Koordinationskomitee für die Aktionen der patriotischen und demokratischen Kräfte" gebildet haben. Das Ziel dieses Komitees ist es, eine Kampffront für die nationale Unabhängigkeit und die Demokratie zu bilden. Dieser erste Schritt dahin ist ein Erfolg der Linie der KP Thailands für die nationaldemokratische Revolution:

„Die Kräfte der Arbeiter, Bauern, Kleinbürger, der nationalen Kapitalisten .... aller politischen Parteien .... und aller patriotischen Demokraten müssen vereinigt werden, der Volkskrieg ausgeweitet, die Kräfte des US-Imperialismus ausgeschalten, das reaktionäre, landesverräterische Regime gestürzt werden, eine aus den Vertretern aller revolutionären Kräfte bestehende Volksregierung muß gebildet und ein unabhängiges demokratisches und blühendes neues Thailand aufgebaut werden." (Erklärung der KP Thailands zum 34. Jahrestag ihrer Gründung)

Philippinen: Auf einer der Inseln der Südphilippinen hat eine Konferenz stattgefunden, bei der sich die Befreiungskräfte, die unter der Führung der Kommunistischen Partei stehen, mit der MNLF getroffen haben und beschlossen haben, in Zukunft gegen die Diktatur vorzugehen. Die MNLF ist die Befreiungsbewegung der moslemischen Bevölkerung auf den Südphilippinen, die vom US-Imperialismus und dem Marionettenregime blutig unterdrückt wird. Die Befreiungsfront kämpft auf mehreren der Inseln der Südphilippinen und soll nach einer Meldung der „Süddeutschen Zeitung" (20. 10.) eine Landoperation mit mehr als 2000 Kämpfern auf einer der Hauptinseln durchführen.

Der revolutionäre, bewaffnete Kampf nimmt auch auf den Philippinen einen zügigen Aufschwung und die führende Kraft in ihm, die KP der Philippinen, hält standhaft an ihrer Linie fest: „Nur die revolutionären Kämpfe der Völker können schließlich den US-Imperialismus vertreiben und das Nachrücken des sowjetischen Sozialimperialismus verhindern" (Erklärung der KP der Philippinen zum 8. Jahrestag der Wiedergründung).

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution

Vor 60 Jahren – am 24., 25., 26. Oktober 1917 – erhob sich das Petrograder Proletariat in einem siegreichen Aufstand gegen die imperialistische Regierung. Der 2. Gesamtrussische Sowjetkongreß, der in Petrograd tagte, übernahm die Staatsmacht und bildete die revolutionäre Regierung der Volkskommissare. Innerhalb weniger Monate breitete sich die Revolution über das ganze Land aus – die russische Revolution hatte gesiegt! Das erste Mal in der Geschichte war es gelungen, die Front des Imperialismus zu druchbrechen, in einem Land die Bourgeoisie zu stürzen und die Diktatur des Proletariats zu errichten.

Die Februarrevolution

Der imperialistische Weltkrieg, an dem Rußland aktiv teilnahm, hatte nach einer Periode patriotischen Taumels, Hunger, Elend und Tod für tausende und abertausende russische Arbeiter, Bauern und arme Stadtbewohner gebracht. Die breitesten Massen, die keinerlei Interesse an den Kriegszielen der imperialistischen Bourgeoisie Rußlands hatten, forderten den Frieden.

Dieses Elend und die unermüdliche revolutionäre Arbeit der Bolschewiki ließ eine revolutionäre Situation heranreifen.

Die Bourgeoisie Rußlands, die sich stets politisch auf den Zarismus gestützt hatte, wollte angesichts der offensichtlichen Erfolglosigkeit des Zarismus im Kriege und bei der Niederhaltung der Massenbewegung selbst den Staatsapparat in die Hand nehmen. Sie stellte sich der bürgerlich-demokratischen Revolution nicht mehr in den Weg. Die Massenbewegung der Arbeiter, Bauern und der armen städtischen Bevölkerung fegte den Zarismus hinweg.

Den völlig verschiedenen Klassen, die so an der Revolution beteiligt waren, entsprachen auch ganz verschiedene Organe der politischen Gewalt, die an die Stelle des Zarismus zu treten bestrebt waren.

„Die höchst bemerkenswerte Eigenart unserer Revolution besteht darin, daß sie eine Doppelherrschaft geschaffen hat .... daß sich neben der Provisorischen Regierung, der *Regierung der Bourgeois*, eine noch schwache, erst in Keimform vorhandene, aber dennoch unzweifelhaft wirklich existierende und erstarkende andere Regierung herausgebildet hat: die Sowjets der Arbeiter und Soldatendeputierten." (Lenin, Über die Doppelherrschaft).

„Alle Macht den Sowjets!"

In den „Aprilthesen" entwickelte Lenin den Plan des Kampfes der Partei um den Übergang von der bürgerlich-demokratischen Revolution zur sozialistischen Revolution. „Die Eigenart der gegenwärtigen Lage in Rußland besteht im Übergang von der ersten Etappe der Revolution, die infolge des ungenügend entwickelten Klassenbewußtseins und der ungenügenden Organisiertheit des Proletariats der Bourgeoisie die Macht gab, zur zweiten Etappe der Revolution, die die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauernschaft legen muß." D.h. Zerschlagung der Diktatur der Bourgeoisie; Errichtung der Diktatur des Proletariats in Form einer „Republik der Sowjets der Arbeiter-, Landarbeiter-, und Bauerndeputierten im ganzen Land, von unten bis oben."

Die Aufgabe der Partei bestand in der „Aufklärung der Massen darüber, daß die Sowjets der Arbeiterdeputierten die einzig mögliche Form der revolutionären Regierung sind, und daß daher unsere Aufgabe, solange sich diese Regierung von der Bourgeoisie beeinflussen läßt, nur in geduldiger, systematischer, beharrlicher, besonders den praktischen Bedürfnissen der Massen angepaßter Aufklärung über die Fehler ihrer Taktik bestehen kann. Solange wir in der Minderheit sind, leisten wir die Arbeit der Kritik und Klarstellung der Fehler, wobei wir gleichzeitig die Notwendigkeit des Übergangs der gesamten Staatsmacht an die Sowjets der Arbeiterdeputierten propagieren..."

Diese Orientierung faßten die Bolschewiki zusammen unter der Losung „Alle Macht den Sowjets!" Unter dieser Losung faßten sie auch den Kampf der Massen um „Frieden, Freiheit, Brot!" zusammen, denn nur die Sowjetmacht konnte diese dringenden Bedürfnisse der Massen lösen.

Frieden und Freiheit

Die provisorische Regierung führte sowohl den imperialistischen Krieg, der auf die Unterwerfung fremder Nationen gerichtet war, als auch die zaristische Unterdrückungspolitik gegenüber den nichtgroßrussischen Nationalitäten weiter. Die Bolschewiki zeigten, daß Frieden und Freiheit nur durch den Sturz der Bourgeoisie und durch die Übernahme der gesamten Macht durch die Sowjets erreicht

„Land für die Bauern!"

Die Provisorische Regierung war nicht in der Lage, die Forderungen der Bauern nach Konfiszierung des Gutsbesitzes zu erfüllen.

Im Gegenteil: Sie tat alles, einschließlich gewaltsamer Unterdrückung, um die Bauern an einer selbständigen Konfiszierung des Gutsbesitzes zu hindern. Dadurch trieb sie die Bauern in Gegensatz und Aufstand zur Regierung. Die Bolschewiki unterstützten die Forderung der Bauern nach Nationalisierung des Grund und Bodens und seiner Übergabe in die Verantwortung der örtlichen Bauernsowjets.

„Brot!"

Die Provisorische Regierung setzte die Politik im Interesse der kriegsgewinnlerischen Bourgeoisie fort, während sich die Lage für die Arbeiterklasse und das Volk ständig verschlechterte und katastrophale Ausmaße annahm. Dagegen setzten die Bolschewiki die Losung der Arbeiterkontrolle, die eine ganze Reihe von Maßnahmen umfaßte. (Nationalisierung der Banken, Zwangssyndizierung, Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses, obligatorischer Beitritt zu Konsumgenossenschaften usw.) Alle diese Maßnahmen liefen auf eine strenge Kontrolle der Produktion und Verteilung durch die Arbeiter mittels der bestehenden Sowjets hinaus.

Durch diese Politik konnten die Bolschewiki nicht nur die ungeheure Mehrheit der Arbeiterklasse gewinnen. Sie konnten auch das Bündnis der Arbeiterklasse mit den landlosen und kleinen - später auch mit den mittleren Bauern herstellen. Den bäuerlichen Schichten gehörten 80% der Bevölkerung an. Diese Politik ermöglichte es, die revolutionären Bestrebungen der Arbeiterklasse, der Bauern und der unterdrückten Nationen zusammenzufassen zu einem einzigen Strom unter der Losung ALLE MACHT DEN SOWJETS!

Die revolutionäre Krise reift heran

Die Erfahrungen der Massen gaben den Bolschewiki in allen Punkten recht. So wuchs ihr Einfluß in den örtlichen Sowjets und zahlreiche Massendemonstrationen – vor allem in Petrograd – standen unter den Losungen der Bolschewiki.

Dies markierte den Wendepunkt der Entwicklung. Menschewiki und Sozialrevolutionäre gingen ins Lager der Bourgeoisie offen und direkt über. Sie bildeten eine neue Regierung. Die Sowjets wurden zu deren Anhängseln. Die „sozialistischen" Minister und die Bourgeoisie griffen die Bolschewiki frontal an, zerstörten ihre Druckereien, drängten sie in die Illegalität.

Die Sowjets waren nun vollständig entmachtet, die Bourgeoisie hatte die Alleinherrschaft übernommen. Damit war auch jede Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung der Revolution endgültig vorbei. Auf dem 6. Parteitag - der in Petrograd im Untergrund abgehalten werden mußte - analysierten die Bolschewiki diese Entwicklung und richteten die Partei auf die Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes aus.

Der bewaffnete Aufstand und seine Vorbereitung durch die Bolschewiki



Die Bolschewiki führen das Proletariat im bewaffneten Aufstand

Die Maßnahmen gegen die Bolschewiki konnten sie nicht isolieren. Im Gegenteil. Zahlreiche Arbeiter brachen nun endgültig mit den Sozialrevolutionären und Menschewiki und schlossen sich den Bolschewiki an.

Ein Versuch des konterrevolutionären Generals Kornilow, die Hauptstadt zu besetzen und die Revolution gewaltsam zu erdrosseln, scheiterte am Widerstand der Arbeiter und Soldaten, der von den Bolschewiki organisiert wurde.

Die Provisorische Regierung hatte sich weitgehend isoliert. An der Front weigerten sich immer häufiger die Soldaten, Angriffsbefehle durchzuführen.

Am 10. Oktober faßte das ZK der Bolschewiki den Beschluß, den Aufstand durchzuführen. Alle Einheiten wurden angewiesen, die letzten Vorbereitungen zu treffen. Zur Leitung des Aufstandes wurde beim ZK das „Parteizentrum" eingerichtet, an dessen Spitze Lenin und Stalin standen. Beim Petrograder Sowjet wurde das „Revolutionäre Militärkomitee" eingerichtet. In die wichtigsten Industriegebiete und zu den Frontabschnitten wurden Bevollmächtigte des ZK entsandt, um dort den Aufstand anzuleiten.

Gleichzeitig rüstete die Reaktion, um der Revolution den Todesstoß zu versetzen. Es war von entscheidender Bedeutung, den Beginn des Aufstandes so festzulegen, daß er der Konterrevolution zuvorkam. „Genossen! Ich schreibe diese Zeilen am 24. Abends. Die Lage ist über alle Maßen kritisch. Es ist sonnenklar, daß jetzt eine Verzögerung des Aufstands shon wahrhaftig den Tod bedeutet...

Man darf nicht warten!! Man kann alles verlieren!!" (Lenin an die Mitglieder des ZK)

Am 24. Oktober um 11 Uhr erschien das Zentralorgan der Bolschewiki mit dem Aufruf zum Sturz der Provisorischen Regierung. Das Erscheinen war nur mehr unter dem Schutz von Rotgardisten möglich. In der Nacht kam Lenin im Smolny (Sitz des Revolutionären Militärkomitees) an und nahm die Leitung des Aufstandes in die Hand.

Am 25. besetzten die Roten Garden und die Revolutionären Truppen die Bahnhöfe, das Postamt, das Telegraphenamt, die Ministerien, die Staatsbank.

„In der Nacht vom 25. auf den 26. Oktober nahmen die revolutionären Arbeiter, Soldaten und Matrosen im Sturm den Winterpalast und verhafteten die Provisorische Regierung.

Der bewaffnete Aufstand hatte in Petrograd gesiegt...

In der kurzen Zeitspanne vom Oktober 1917 bis zum Jänner - Februar 1918 breitete sich die Sowjetrevolution über das ganze Land aus." (Stalin)

Die ersten Schritte der Sowjetmacht

Am Abend des 25. Oktober wurde der 2. Gesamtrussische Sowjetkongreß eröffnet. Mit überwältigender Mehrheit würde eine Resolution angenommen, in der es hieß: *„Gestützt auf den Willen der gewaltigen Mehrheit der Arbeiter, Soldaten und Bauern, gestützt auf den in Petrograd vollzogenen siegreichen Aufstand der Arbeiter und der Garnison, nimmt der Kongreß die Macht in seine Hände."*

Der Sowjetkongreß brachte unmittelbar den Willen der revolutionären Arbeiter, Soldaten und Bauern zum Ausdruck. So konnte er auch die entscheidenden Fragen der Revolution, die dringenden Probleme der Massen lösen, die zu lösen keine bürgerliche Regierung der Welt je im Stande gewesen wäre.

Am nächsten Tag verabschiedete der Kongreß das „Dekret über den Frieden" in dem es heißt: *„Die Arbeiter und Bauernregierung, die durch die Revolution vom 24.-25. Oktober geschaffen wurde und sich auf die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten und Bauerndeputierten stützt, schlägt allen kriegführenden Völkern und Regierungen vor, sofort Verhandlungen über einen gerechten demokratischen Frieden aufzunehmen".*

Im „Dekret über den Grund und Boden" wurde die entschädigungslose Enteignung der Gutsbesitzer-Ländereien, die Nationalisierung von Grund und Boden festgelegt. Der Boden sollte fortan nur jenen zur Nutzung übergeben werden, die ihn bearbeiten.

Harte Jahre des Kriegs gegen die Intervention, des Bürgerkriegs gegen die konterrevolutionären Banden und des Aufbaus der durch den Krieg zerstörten Wirtschaft standen vor dem russischen Proletariat. Aber voller Zuversicht schritten die revolutionären Arbeiter- und Volksmassen voran. Der erste, entscheidende Sieg war errungen: die Bourgeoisie war gestürzt und die Diktatur des Proletariats errichtet. Das russische Proletariat hatte die Sozialistische Weltrevolution eingeleitet.

Unter der korrekten Führung der KP Kampucheas herrscht feste Einheit und Solidarität im ganzen Volk

Aus einer Rede von Genossen Pol Pot, Sekretär des ZK der KP Kampucheas

In den letzten Jahren hat sich die Weltlage mehr und mehr zugunsten der Völker und der Revolution aber zuungunsten des Imperialismus und aller Reaktionäre entwickelt.

Die revolutionären Kämpfe der unterdrückten Völker der blockfreien Staaten und der Dritten Welt und die nationalen Befreiungskämpfe, die Kämpfe zur Verteidigung der Unabhängigkeit, Souveränität, territorialen Integrität und des Rechts, ihr Geschick in die eigenen Hände zu nehmen sowie die Kämpfe zum Aufbau des eigenen Landes haben sich sichtbar entfaltet, verstärkt und entwickelt – es tritt eine weltverändernde Lage ein. Dies ist eine mächtige Strömung, die keine Kraft auf der Erde aufhalten kann. (....)

Angesichts dieser Situation unternehmen die Imperialisten, Expansionisten und Reaktionäre aller Schattierungen, die große Niederlagen erlitten und erleiden, energisch ihre niederträchtigen und heimtückischen Aktivitäten in allen Teilen der Welt.

Die Kommunistische Partei Kampucheas und die Regierung des Demokratischen Kampuchea, die im Lauf ihrer Geschichte unter den barbarischen Aktionen der Imperialisten, Expansionisten und Reaktionäre gelitten und mit den unterdrückten und ausgebeuteten Völkern der Welt vereint gekämpft haben, stehen entschieden und konsequent auf seiten der unterdrückten Völker der Welt und insbesondere der Völker der blockfreien Staaten und der Länder der Dritten Welt. Sie kämpfen für die revolutionäre Sache der nationalen Befreiung und Befreiung des Volkes, für die Verteidigung von Unabhängigkeit, Souveränität, territorialer Integrität und für das Recht, über ihre eigenen Geschicke zu entscheiden. (....)

Die konkreten historischen Erfahrungen unserer revolutionären Bewegung haben uns unzweideutig gelehrt, daß wir uns anstrengen und mit aller Entschlossenheit die Revolution in unserem Land gut durchführen müssen, wenn wir positiv zur Bewegung des weltweiten revolutionären Kampfes beitragen wollen.

Nach der vollständigen Befreiung unserer Nation und unseres Volkes am 17. April 1975 mußten wir unsere Aufgaben in der neuen Etappe unserer Revolution, d.h. die Aufgaben zur Verteidigung der Früchte der Revolution, Verteidigung der Arbeiter-Bauernmacht unserer Partei und Verteidigung des Demokratischen Kampuchea und die Aufgaben der Weiterführung der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus in Kampuchea, erfüllen.

Die Gesamtlage der Revolution in Kampuchea ist gegenwärtig ausgezeichnet in Anbetracht der Tatsache, daß unser Land ein rückständiges Agrarland ist, das sich erst vor kurzem aus dem vom US-Imperialismus entfesselten verheerenden Krieg befreit hat.

Um unser Land zu verteidigen, mußten wir zahlreiche Schwierigkeiten überwinden. wir haben erfolgreich die Siegesfrüchte der Revolution, die Arbeiter-Bauernmacht unserer Partei sowie die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität des Demokratischen Kampuchea innerhalb seiner gegenwärtigen Grenzen selbständig und unabhängig verteidigt. Die Sicherheit wird im ganzen Land gewährleistet. Ausländische Gäste können bei Tag und Nacht vollkommen sicher über Hunderte und Tausende von Kilometern reisen.

Heute verfügt Kampuchea über eine Fläche von 181.000 Quadratkilometer, von denen sechs Millionen Hektar kultivierbar sind. Wir haben den ausgedehnten Tonle Sap-See, das offene Meer, weite Seen und Flüsse mit großem Wasserreichtum. In und unter unseren üppigen Wäldern liegen reiche Naturschätze. Auf dieser Fläche leben nur 8 Millionen Kampucheaner. Von der kultivierten Fläche bzw. den Orchideen- und Gemüseanbauflächen entfallen auf jeden Bauernhaushalt fünf Hektar Land. Um unseren Boden und unsere Ressourcen urbar zu machen bzw. zu erschließen, brauchen wir ungefähr 20 Millionen Menschen. Andererseits brauchen wir jetzt, da der verheerende Krieg vorüber ist, dringend Zeit und müssen die Kraft unserer ganzen Nation und unseres Volkes in Bewegung setzen, um unseren Staat aufzubauen und den Lebensstandard unseres Volkes so schnell wie möglich zu erhöhen. Infolgedessen ist es für uns absolut unnötig, auch nur einen Zollbreit Boden eines angrenzenden oder fernen Landes anzugreifen, zu annektieren oder zu besetzen. Im Gegenteil, es ist für uns unerläßlich, eine Beziehung der gegenseitigen Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität mit den Ländern von nah und fern aufrechtzuerhalten. Deshalb streben wir stets danach, freundschaftliche Beziehungen mit angrenzenden und fernen Ländern in der Welt aufzunehmen. Ein Beweis dafür ist, daß kurz nach der Befreiung unseres Landes 1975 unsere kampucheanischen Delegationen einer Anzahl von Ländern Freundschaftsbesuche abstatteten.

Auch haben wir Anfangserfolge beim Aufbau der Wirtschaft, im Sozial- und Gesundheitswesen, in der Kultur, Erziehung, Wissenschaft und Technik usw. erzielt. Erfüllt wurde im Jahre 1976 zu 80 Prozent der Plan für die Getreideproduktion, wonach ein Pro-ha-Ertrag von drei Tonnen vorgesehen war. So haben wir genug Getreide, um das Ernährungsproblem unseres Volkes mit durchschnittlich 312 kg Reis pro Kopf zu lösen und 1977 mit dem Export von Zehntausenden Tonnen Reis zu beginnen.

Was die Gewinnung von Ackerland und die Be- und Entwässerungsprojekte in unserem Land anbelangt, entfaltete sich in großem Umfang eine Massenbewegung zur Lösung des Be- und Entwässerungsproblems in der ersten Hälfte 1977. (....)

Die Industrie und das Handwerk haben ebenfalls große Fortschritte gemacht, da wir sie in Phnom Penh, in verschiedenen Zonen, Regionen, Distrikten und Genossenschaften konsolidiert und entwickelt haben. Ein Netz von großer, mittelgroßer und kleiner Industrie und des Handwerks, das wir enger knüpfen und entwickeln werden, überzieht bald das ganze Land. Zufriedenstellend haben wir das Problem der Lebenshaltung des Volkes gelöst, und sie verbessert sich kontinuierlich. Die Getreideversorgung ist für jeden gesichert und die Gesundheit des Volkes wird laufend besser. Im Jahr 1977, dem ersten Jahr des Vierjahresplans zur Beseitigung von Malaria, haben wir diese Krankheit zu 70 bis 80 Prozent beseitigt. (....)

Wir schenken der Verbesserung der Lebensbedingungen und der Gesundheit unseres Volkes große Aufmerksamkeit, weil wir hoffen, im Laufe der kommenden zehn Jahre und länger einen Bevölkerungszuwachs auf 15 bis 20 Millionen zu erzielen.

Gute Ergebnisse sind auch im Kultur- und Erziehungswesen zu verzeichnen. Als das Land 1975 befreit wurde, waren 75 Prozent der Bauern in den Dörfern und 60 Prozent der Werktätigen in den Städten Analphabeten. Inzwischen haben wir das Analphabetentum zu 80 bis 90 Prozent beseitigt, und setzen das Programm zur Hebung des kulturellen Niveaus unseres Volkes fort, um ihm Lesen, Schreiben und Rechnen zu ermöglichen. (....)

Die oben erwähnten Siege belegen klar, daß unter der korrekten Führung der Kommunistischen Partei Kampucheas eine feste Einheit und Solidarität in den Reihen unseres gesamten Volkes und unserer gesamten Revolutionären Armee herrschen. Die Revolution wird von den Volksmassen gemacht. Nur durch eine große, erweiterte und revolutionäre Massenbewegung kann die Revolution siegen. Ohne eine revolutionäre Massenbewegung wird die Revolution scheitern. Hätten das ganze Volk Kampucheas und die gesamte Kampucheanische Revolutionäre Armee die Revolution nicht begeistert, unabhängig und im Vertrauen auf die eigene Kraft unter der Führung unserer Kommunistischen Partei Kampucheas durchgeführt, wäre es für uns nicht möglich gewesen, solche ausgezeichnete Resultate zu erzielen.

(gehalten auf dem Bankett der KP Chinas und der chinesischen Regierung zu Ehren der Partei- und Regierungsdelegation von Kampuchea)

Grußadresse des KB Österreichs an die KP Kampucheas

An das
Zentralkomitee der
Kommunistischen Partei Kampucheas
An Genossen Pol Pot
Sekretär des Zentralkomitees der
Kommunistischen Partei Kampucheas

19. 10. 1977

Liebe Genossen!

Mit außerordentlicher Freude haben wir die Nachricht erhalten, daß am 17. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Kampucheas Genosse Pol Pot in Phnom Penh die Existenz der Kommunistischen Partei Kampucheas offiziell bekanntgab. In revolutionärer Verbundenheit und im Geist des proletarischen Internationalismus und brüderlicher Solidarität für die Kommunistische Partei Kampucheas und das Volk von Kampuchea sendet Euch das Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Österreichs die wärmsten Grüße.

Wir feiern mit Euch den 17. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Kampucheas. Unter Führung der Kommunistischen Partei Kampucheas, einer wahrhaft marxistisch-leninistischen Partei, hat das Volk von Kampuchea den Befreiungskrieg gegen die US-imperialistische Aggression siegreich durchgeführt und so die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität von Kampuchea erkämpft, und die revolutionäre Volksmacht errichtet. Die Kommunistische Partei Kampucheas ist eine im Kampf bewährte und gestählte Kommunistische Partei. Unter ihrer korrekten Führung wird das Volk von Kampuchea auch in der neuen Etappe der Revolution weitere Siege erringen und die sozialistische Revolution vorantreiben. Die Kommunistische Partei Kampucheas und die von ihr geführten Volksmassen Kampucheas haben die Hochachtung aller Völker der Welt und sind ihnen ein leuchtendes Vorbild!

Der Kommunistische Bund Österreichs betrachtet es als seine Aufgabe, die Lehren des siegreichen Kampfes des Volkes von Kampuchea weiterhin im österreichischen Volk zu verbreiten und die Solidarität des österreichischen Volkes mit dem Volk von Kampuchea in seinem Kampf gegen die fortgesetzte imperialistische Aggression und für den Aufbau des Sozialismus zu fördern.

Mit kommunistischen Grüßen
Walter Lindner
Sekretär des ZK des KB Österreichs

Die Kommunistische Partei Kampucheas - Führerin des Volkes

Bereits im Jahre 1957, dem Jahr vor der Gründung der Kommunistischen Partei Kampucheas, wurde eine Kommisssion zur Ausarbeitung der Linie und Politik der Partei gebildet. Auf dem 1. Parteitag der Kommunistischen Partei Kampucheas, der vom 28. bis 30. September 1960 in Phnom Penh stattfand, wurde die vorgeschlagene Parteilinie überprüft und angenommen. Dies war für die Revolution und die Arbeiterklasse Kampucheas ein historischer Wendepunkt. Die Kommunistische Partei Kampucheas, als eine marxistisch-leninistische Partei, wurde gegründet.

Nach ihrer Gründung legte die Kommunistische Partei Kampucheas im Geist der Unabhängigkeit und Selbständigkeit, des Vertrauens auf die eigene Kraft, gemäß den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und in Verbindung mit den konkreten Verhältnissen der Gesellschaft Kampucheas die politisch-ideologische Linie der Partei und die Aufgaben der Revolution fest: Die Kräfte der ganzen Nation müssen konzentriert werden, um den US-Imperialismus, insbesondere den US-Imperialismus, zu schlagen, für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität zu kämpfen, die feudalen Grundherren niederzuschlagen und deren Ausbeutungssystem vollständig aus der Welt zu schaffen.

Gemäß dem von der Kommunistischen Partei Kampucheas festgelegten Kampfprinzip müssen die Massen kühn mobilisiert, die positiven Faktoren unter den Massen in Bewegung gesetzt und die Kräfte aller Nationalitäten des Landes konzentriert werden, um die Aufgaben der Revolution zu erfüllen. Gestützt auf die Dörfer entfaltete die Kommunistische Partei Kampucheas in der Stadt wie auf dem Land sowohl offene wie konspirative Kämpfe, mit den letzteren als Basis. Sie entwickelte den illegalen wie auch den legalen Kampf, gab aber dem illegalen Kampf Priorität. Sie legte großes Gewicht auf den gewaltsamen Kampf und entfaltete Kämpfe mit politischer wie auch mit Waffengewalt, mit den letzteren als Hauptform.

In fünf Jahren und einem Monat schlugen die Armee und Zivilbevölkerung Kampucheas unter Führung der Kommunistischen Partei Kampucheas die US-imperialistischen Aggressoren nieder, stürzten die reaktionäre Herrschaft der Lon-Nol-Clique und errangen den Sieg im nationalen Volksbefreiungskrieg. Nach der Befreiung des ganzen Landes hat das Volk von Kampuchea, unter der korrekten Führung der Kommunistischen Partei Kampucheas, in der neuen Etappe der Revolution die Früchte der Revolution, die revolutionäre Volksmacht und das Demokratische Kampuchea verteidigt und im Jahre 1976 das Nahrungsproblem, die grundlegende Frage des materiellen Lebens des Volkes, gelöst.

(aus Peking Rundschau 41/77)

Solidarität mit dem Kampf des Volkes der Türkei gegen Imperialismus und Reaktion!

Die Zeitschrift AYDINLIK veranstaltet vom 1. bis 30. November einen Informationsmonat „Der Kampf der Völker der Türkei gegen die beiden Supermächte, für Unabhängigkeit, Freiheit und Demokratie". Er hat den Zweck, über das Hegemoniestreben der beiden Supermächte in der Türkei zu informieren und den Kampf des Volkes gegen die beiden Supermächte darzustellen. Der Kommunistische Bund Österreichs unterstützt diesen Informationsmonat.

Die Bauern der Türkei rackern sich auf den Feldern der Großgrundbesitzer zu Tode, Wucherer und Zwischenhändler plündern sie aus. Der Kampf gegen die halbfeudale Ausbeutung und Knechtschaft entwickelt sich gut, immer wieder finden Landbesetzungen statt.

Die Türkei unter dem Joch des Imperialismus

7 Milliarden Dollar Auslandsschulden, alljährliche Zinszahlungen in der Höhe von 0,88 Milliarden Dollar, in den letzten 2 Jahren fünf Abwertungen der Währung, das sind die Resultate der Zinsknechtschaft, unter die der Imperialismus die Türkei gepreßt hat. Die US-Imperialisten haben jahrelang riesige Summen aus dem Volk der Türkei gepreßt. Heute sind sie so verhaßt, daß sie ihren Zinswucher unter anderen Namen betreiben müssen („Weltbank" ....). Den allgemeinen Niedergang des US-Imperialismus haben die anderen Imperialisten, vor allem aber die andere Supermacht, die sozialimperialistische Sowjetunion genützt, um sich festzusetzen. Das sowjetische Finanzkapital hat 75/76 0,7 Milliarden Dollar in die Türkei gepumpt, von 1964 bis 74 waren es zusammen 1,5 Milliarden.

Das Defizit der Handelsbilanz der Türkei betrug 1976 3,2 Milliarden Dollar (60 % des Importvolumens). 65 % der Exporte aus der Türkei sind Agrarprodukte, weitere 10% andere Rohstoffe.

70 von 100 Großbetrieben befinden sich in ausländischem Besitz. US-, BRD- und britische Konzerne beuten die Arbeiter brutal aus, zahlen Hungerlöhne und lassen sie 10 Stunden täglich, oft auch am Sonntag, für sich schuften. Die Sowjetunion gibt „Hilfe" für den Aufbau der wachsenden verstaatlichten Industrie, die sie kontrollieren möchte. Das Aluminiumwerk Seydisehir wurde mit russischen Krediten gebaut. Es produziert Aluminiumoxyd. Die sozialimperialistischen Geldgeber kaufen das Aluminiumoxyd zu einem Preis weit unter dem Weltmarktpreis. Sie verarbeiten es zu Rohaluminium und verkaufen es an die Türkei zu einem über dem Weltmarktpreis gelegenen Preis. Ihre Profitsumme aus diesem Posten beträgt jährlich 3 Milliarden Schilling.

Die beiden Supermächte ringen um die Vorherrschaft in der Türkei

Die 6. US-Flotte kreuzt vor der türkischen Küste, 6.000 NATO-Soldaten sind in der Türkei stationiert, die USA unterhält die wichtigsten Raketenstützpunkte der NATO-Südostflanke in der Türkei; die russische Kriegsmarine erzwingt sich die Durchfahrt durch den Bosporus, jetzt sogar für den Flugzeugträger Kiew, vor der türkischen Schwarzmeerküste übt die sowjetische Schwarzmeerflotte die Invasion der Türkei, die SU-Kriegsmarine fordert Landerecht im türkischen Hafen Iskenderün. Die US-Imperialisten betrachten die Türkei als strategisches Verbindungsglied zwischen Europa und dem Mittleren Osten und als Vorposten der NATO. Die russischen Sozialimperialisten sehen die Türkei als Aufmarschgebiet ihrer Kriegsheere im Weltkrieg und als Rollbahn für Aggressionen gegen den Mittleren Osten. Sie beabsichtigen vor allem aber den alten Wunschtraum der Zaren, den Bosporus zu kontrollieren, zu verwirklichen. Der Bosporus ist für ihre riesige Schwarzmeerflotte das Tor ins Mittelmeer und in den Atlantik. Dementsprechend spitzt sich das Ringen um die Vorherrschaft in der Türkei zwischen den beiden Supermächten zu.

Seit eh und je stützt sich der Imperialismus in der Türkei auf die Herrschaft der Großgrundbesitzer und der Kompradorenbourgeoisie. Die Großgrundbesitzer (ein geringer Prozentsatz der Bevölkerung) besitzen den Großteil des fruchtbaren Bodens. Die Bauern (60 % der Bevölkerung) befinden sich in feudaler und halbfeudaler Abhängigkeit von ihnen. Die Kompradoren naschen an den riesigen Profiten der Imperialisten mit und liefern ihnen dafür das Land aus. Ihre politischen Parteien strecken sich jeweils nach der Decke, keine leistet ernsthaft Widerstand gegen die Unterwerfung des Landes unter den US-Imperialismus oder trägt etwas zur Abwehr der Aggressionspläne und des Raubzuges der Sozialimperialisten gegen die Türkei und ihres Volkes bei.



Das Volk der Türkei hat in den letzten Monaten den Kampf gegen die Großgrundbesitzer und die Kompradorenherrschaft verstärkt. Es baut eine Front gegen die Hegemoniebestrebungen und Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte auf, wobei gerade in letzter Zeit die Gefährlichkeit der aggressiveren der beiden, der Sowjetunion erkannt wird.



Unter der Losung:

„Weder Amerika, noch Rußland, für eine unabhängige, demokratische Türkei!" schließen sich die Volksmassen unter der Führung der Kommunisten zusammen.

Die Streiks der Arbeiter, die Hunderttausende erfassen, die Landbesetzungen der armen Bauern, die Kampfaktionen der städtischen Massen gegen Hunger und Elend, der Kampf der Massen gegen die politische Unterdrückung und die Protestaktionen gegen die beiden Supermächte bereiten die nationaldemokratische Revolution in der Türkei vor. In dieser Revolution wird das Volk der Türkei mit der Abhängigkeit und der Unterdrückung durch beide Supermächte, mit der Ausbeutung und Unterdrückung durch Kompradoren und feudale Überreste Schluß machen.

Ende 1976: Marsch von patriotisch gesinnten Arbeiter, Bauern und anderen von Ödemis nach Izmir. Der Marsch, an dem sich tausende Menschen beteiligten, zeigt den Willen des Volkes der Türkei, beide Supermächte aus dem Land zu werfen. Die wichtigsten Forderungen des Volkes, die auch auf dem Marsch im Mittelpunkt standen: „Weder Amerika noch Rußland, für eine unabhängige, demokratische Türkei", „Für die Schließung der türkischen Meerengen für die Kriegsschiffe der Supermächte!"

Demonstration am 25. 11. in Wien für die Gleichberechtigung der ausländischen Arbeiter in Österreich

Am 25. 11. wird im Rahmen des Informationsmonats der Zeitschrift AYDINLIK eine Demonstration gegen die Entrechtung der ausländischen Arbeiter in Österreich stattfinden. In Wien allein leben und arbeiten tausende türkische und jugoslawische Arbeiter mit ihren Familien. Sie stellen einen besonders entrechteten Teil der Arbeiterklasse dar. Sie sind der Tyrannei des Ausländerbeschäftigungsgesetzes ausgesetzt, das sie aller Rechte beraubt und sie völlig der Willkür der Kapitalisten und des Staates ausliefert.

Die Demonstration erhebt gegen dieses schreiende Unrecht die Forderung nach „völliger rechtlicher Gleichstellung der ausländischen Arbeiter mit den österreichischen!"

Der Kommunistische Bund Österreichs, der entschieden den Chauvinismus bekämpft und für die Einheit aller Arbeiter im Klassenkampf eintritt, ruft auf, die Demonstration zu einem mächtigen Kampfschritte für die Gleichberechtigung der Ausländer zu machen.

Es lebe die Kampfeinheit der österreichischen und ausländischen Arbeiter!

Veranstaltungen im Rahmen des Informationsmonats der AYDINLIK

4. November: Rede zum Thema „Freiheit"

Protestsänger aus der Türkei, Dias, Dokumentarfilm „Blutiger Sonntag", 20 Uhr, Universität Wien, Neues Institutsgebäude, Hörsaal 1

11. November: Rede zum Thema „Demokratie"

Spielfilm „Zweifel", Protestsänger aus der Türkei,
19 Uhr, Porrhaus, Wien 4., Treitlstraße 3

19. November: Rede zum Thema „Unabhängigkeit"

2 Dokumentarfilme: „Ödemis-Izmir-Marsch", „Große Veranstaltung in Stuttgart am 26. März 1977"
19 Uhr, Porrhaus, Wien 4., Treitlstraße 3.